

KORSAK

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschafter

Nr. 97 - Februar 1988

80 Pfg. - Solidaritätspreis 2,- DM

Inhalt

Kampf in der
Stahlindustrie
Seiten 2 und 3
Rettet die Post
Seite 11
Jungsozialisten und Jugend
Seite 5
China auf dem Weg
zum Kapitalismus?
Seiten 6 und 7

Arbeiter für alle Gemeinsam erkämpfen

Das Kapital und seine politischen Handlanger blasen zum Großangriff auf die arbeitende Bevölkerung. Die Errungenschaften der Arbeiterbewegung sollen Stück für Stück abgebaut, Arbeitsplatz- und Sozialabbau in verschärftem Tempo vorangetrieben werden. Wir erleben zur Zeit Hiobspostschaf-ten, wohin man hört:

- 40.000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie sollen abgebaut, ganze Standorte wie Rheinhausen plattgemacht werden;
- 30.000 Bergarbeiter sollen ihren Arbeitsplatz verlieren;
- Anündigung von Arbeitsplatzabbau bei KHD in Köln, SEL in Stuttgart;
- Kurzarbeit bei Porsche, Unsicherheit in der Automobilbranche vor dem Hintergrund des Dollar-Verfalls;
- geplante Privatisierung und Leistungsverschlechterung bei der Post; von 90.000 bei der Bahn;
- Verlängerung der Ladenschlusszeiten im Einzelhandel als Einstieg in die von den Unternehmern gewünschte flexible Arbeitszeit;
- Reformabbau an Schulen (Abi-Deform), Kürzungen im Hochschulbereich;
- Umverteilung zugunsten der Reichen per Steuerreform;
- Angriffe auf Arbeiter und Angestellte durch die „Reform im Gesundheitswesen“.

Diese Liste ließe sich beliebig verlängern. Sie macht deutlich: Die Angriffe des Kapitals und seiner Regierung werden immer unverschämter.

Aber die letzten Wochen und Monate haben auch gezeigt, daß die Kampfbereitschaft der Betroffenen wächst: der Kampf um Rheinhausen, zuvor schon in Hattingen und in der Oberpfalz, die Demonstrationen und Aktionstage der Post- und Eisenbahnergewerkschaft, Streiks an Schulen und Hochschulen im letzten Jahr Nur: bislang kämpfte jeder für sich allein. Das darf nicht so weiter gehen. Rheinhausen hat den Weg gezeigt. Es ist jetzt höchste Zeit, daß der Widerstand bundesweit koordiniert wird. In den Gewerkschaften mehrten sich die Stimmen, die den DGB zu Handlungen auffordern. So haben z.B. der Hauptvorstand der IG Druck wie auch Verwaltungsstellen der IG Metall (z.B. Ludwigsburg) den DGB dazu aufgerufen, die laufenden Abwehrkämpfe zusammenzufassen und auch mit einer politischen Stoßrichtung ge-

gen die Bundesregierung zumindest landesweite Aktionstage vorzubereiten und durchzuführen.

Die DGB-Führung sollte diese Vorstöße aufgreifen. Der DGB ist mit seinen 7,8 Mio. Mitgliedern die potentiell stärkste organisierte Kraft in dieser

Gesellschaft und kann eine massive Mobilisierung erreichen. Landesweite Aktionstage, die zu einem bundesweiten Aktionstag gesteigert werden sowie ein Marsch auf Bonn gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau könnte die Kampfkraft bündeln, die Sieg-

chancen in den einzelnen Branchen erhöhen und diese Regierung in wohlverdienten Ende ein gutes Stück näher bringen.

Andreas Paque, Köln
Jungsozialist



Einzigige Rettung für alle Standorte: Enteignet das Stahnkapital!

Der Krupp-Aufsichtsratsvorsitzende Schneider ließ durchblicken, daß die Schließung von Rheinhausen unvermeidlich sei. Krupp-Vorstandsmitglied Wilps springt bei: „Das Ruhrgebiet muß sowieso entvölkert werden.“ Markgraf Lambsdorff verurteilt den Widerstand der Stahlarbeiter, weil er „Investoren abschreckt“ und fordert Polizeieinsatz gegen Straßenblockaden.

Das sind nur einige der zynischen Sprüche, die deutlich machen, wie wenig die herrschende Klasse am Schicksal ganzer Regionen interessiert ist. Sie richtet sich einzig und allein danach, wo und wie für sie am meisten Profit rauspringt. Und diese Pläne will sie dann durchsetzen - koste es, was es wolle.

Deshalb dürfen wir uns auf keinen Fall nur auf Verhandlungen, Verträge

oder gar die Stahlrunde beim Kanzler verlassen. Wir haben gesehen, was bei der Kohlerunde herausgekommen ist - die allgemeine Zustimmung zum Abbau von 30.000 Arbeitsplätzen im Bergbau. Wir haben gesehen, wie schnell für Cromme und Co. Verträge und Abkommen null und nichtig sind. Die Stahlbosse werden die für sie profitabelste Lösung nicht so schnell fallen lassen - auch wenn sie sich viel-

leicht zeitweise auf Verhandlungen und Abkommen einlassen. Sie werden bei nächster Gelegenheit - zum Beispiel bei Einbruch der bevorstehenden weltweiten Rezession - erklären, die „Geschäftsgrundlage“ sei nunmehr eine andere und wieder zum Sturm auf ganze Standorte blasen.

Nein, die einzige Maßnahme, die diesem Treiben dauerhaft ein Ende setzen kann, ist die Enteignung der gesamten Eisen- und Stahlindustrie (nicht nur der Verlustbereiche) und ihre Überführung in Gemeineigentum. Blum und die CDU sagen: „Das schaft keinen einzigen Arbeitsplatz zusätzlich.“ Natürlich ist die Verstaatlichung für sich genommen kein Allheilmittel. Aber sie gibt ein Instrument in die Hand - das entscheidende

Instrument! - um Lösungswege zu eröffnen:

- Wir können durch Einblick in sämtliche Geschäftsbücher prüfen, wohin die Gewinne verschoben wurden, ob und wie hohe Überkapazitäten tatsächlich bestehen usw.;
- die Profite in anderen Bereichen der Mutter-Konzerne können zum Erhalt der Arbeitsplätze eingesetzt werden (statt zur Ausschüttung hoher Dividenden!);
- für die gesamte Branche könnte ein Produktionsplan erstellt werden, ausgehend von den gesellschaftlichen Bedürfnissen; wer sagt denn, daß tatsächlich so hohe Überkapazitäten bestehen? Zum Beispiel bei verstärktem Ausbau des öffentlichen Personennverkehrs könnten noch viel mehr Stahlerzeugnisse gebraucht werden;
- statt staatliche Gelder als Subventionen dem Kapital in den Rücken zu werfen könnten sie zur staatlichen Nachfrage nach Stahlerzeugnissen in Bedarfsbereichen verwendet werden (z.B. eben für den Ausbau des öffentli-

chen Nahverkehrs!);

- wir könnten die Arbeitszeit an neuen Schlag im notwendigen Maß reduzieren und die vorhandene Arbeit aufteilen;
 - wir könnten falls wirklich we Bedarf am Werkstoff Stahl best sollte, alternative Produktion erschaffen (z.B. Schritt-Recycling-Abfall, wie ein Konzept für die Maxx vorsteht).
- Aber all das geht nur, wenn wir Eisen- und Stahlindustrie in Gemeineigentum überführen. Natürlichkeit dabei entscheidend, daß sie auch demokratisch kontrolliert wird. De nutzt nichts, wenn uns dann ein Cromme als Staatsbediensteter als Privatmanager gegenübertritt, wohl die Erfahrungen in den blockstaaten ganz allgemein wie in der verstaatlichten Stahlindustrie der westeuropäischen Länder ande- anderer westeuropäischer Länder gen, daß ohne demokratische Kontrolle die Interessen der Arbeiter falls mit Füßen getreten werden

Fortsetzung auf Seite 3

NEBEN MIR LETZT MARSCHEN AUF BONN ORGANISIEREN!

Der Kommentar

Atom-Skandal Stat des Teufels nun der Beelzebub?

Immer mehr Einwände von Atomkraft-Gegnern stellen sich als berechtigt heraus - entgegen allen Beteuerungen von Staat und Vertretern der Atomwirtschaft. Der Strom ist nicht billiger geworden durch die Einspeisung atomarer Energie ins Netz, die „ausgesprochen unwahrscheinlichen“ großen Reaktorunfälle sind schon mindestens dreimal eingetreten (wer weiß, wie viel noch im geheimen Akten schlummert), die Beschäftigung von radioaktivem Abfall ist weiterhin ungelöst, und jetzt haben die Vorgänge um die Hanauer Firma Nukem gezeigt, daß auch die Trennungsgänge zwischen ziviler und militärischer Nutzung spaltbaren Materials nicht gezogen werden kann.

Zwar ist das Verschieben von Kernmaterial nach Pakistan und Libyen im Fall Transnuklear und Nukem noch nicht 100%ig bewiesen, jedoch löste der Verdacht in Expertenkreisen keinerlei Überraschung aus. Denn: Wenn mit irgendwas Geld gemacht werden kann, dann wird es auch gemacht - völlig gleichgültig, ob verboten oder nicht, ob es das Leben von Millionen Menschen bedroht oder nicht. Beispiele hierfür gibt es genug, vor allem im Bereich der Waffenlieferungen. Verträge irgendwelcher Art, seien es Vereinbarungen zum Waffenausfuhrverbot in Krisengebiete oder der Atomwaffensperrvertrag, haben sich noch nie als geeignet erwiesen, irgendwelchen Macht- bzw. Geldgelüsten einen Riegel vorzuschieben - vor allem Dingen nicht, wenn die Kontrolle fast unmöglich ist. Und das ist sie im Falle Nukem aus mehreren Gründen.

Gründe

1. Die Firmen des Atomsektors sind weltweit aufs Engste miteinander verflochten. Nukem und seine US-Tochter Nukem-Incorporated beherrschen ca. 80% des Weltmarktes.
2. Die für die BRD zuständige Aufsichtsbehörde, Euratom, wußte teilweise von den Geschäften, griff jedoch nicht ein. In den Richtlinien dieser europäischen Behörde ist die militärische Nutzung von Atomanlagen ausdrücklich erlaubt. Und: Sie handelt im Interesse der Industrie. Aus Euratom-Protokollen geht hervor, daß Vertragsverstoße unterstützt wurden, um der Industrie „erheblichen Aufwand“ zu ersparen.
3. Auch staatliche Institutionen griffen nicht ein. Leitende Beamte wußten von den Schieberen, unternahmten jedoch nichts. Wie auch - waren sie doch genauso Empfänger von Bestechungsgeldern, wie Manager von Energieversorgungsunternehmen oder Strahlenschutzbeauftragte.

Schlussfolgerungen

Die Schließung von Transnuklear ließ viele Menschen hoffen, die Bundesregierung würde nun endlich vernünftige Konsequenzen aus den Vorfällen ziehen. Aber weit gefehlt. Minister Töpfer sagte: „Unser Ziel ist die Gesundheit, nicht der Tod des Patienten“. Um den Teufel nicht vertreiben zu müssen, willigte er in die Ersetzung durch den Beelzebub ein: Einen Austausch in der Führungsriege. Die Leitung der Firma sollen jetzt Leute von Degussa übernehmen, die mit 35% an Nukem beteiligt ist (dieser widerum gehört Transnuklear zu 66,6%). Über gemeinsame Erfahrungen verfügt man schon: Die Steuerabteilung von Degussa bearbeitete auch die Angelegenheiten von Transnuklear und war so bemüht, die schmutzigen Geschäfte mit zu vertuschen.

Die FDP fordert die Einrichtung einer Zentralen Behörde für Reaktorsicherheit - nach allen bisherigen Erfahrungen würde das nur einen weiteren Posten auf der Besetzungliste bedeuten.

Die SPD hat sich in der Vergangenheit auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert, was die beiden Hanauer Firmen betrifft: Auf Betreiben des ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Holger Börners zerbrach die erste rot-grüne Koalition 1987, als die Grünen fehlende Sicherheitseinrichtungen kritisierten und daß die Arbeit ohne rechtliche Grundlage aufgenommen worden war.

Sofortiger Ausstieg

In einem System, in dem die Profite der Unternehmer an erster Stelle stehen, gibt es keine Möglichkeit, die Atomenergie so einzusetzen, daß sie keine Risiken in sich birgt - selbst wenn der Entwicklungsstand der Technologie dies praktisch erlauben würde. Die einzige Möglichkeit, dies zu umgehen, liegt im sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie. Selbst dann ist eine wirksame Kontrolle über den Abbau der vorhandenen Anlagen und die Verwendung des jetzt schon vorhandenen spaltbaren Materials nur möglich bei einer Verstärkung des ganzen atomaren Sektors unter der demokratischen Kontrolle der Arbeiter. Und für die jetzt in dieser Industrie Beschäftigten gäbe es wahrlich genug zu tun, den bisherigen Schaden zu beseitigen.

VORAN

Zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften
Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221/134504

Bankverbindung: P/GiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59-430

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstr. 26-28, 4300 Essen 11

Börsenkrach und Dollarverfall Aufschwung am Tropf

Nun ist es geschehen: die von bürgerlichen Wirtschaftsdoctoren als kerngesund bezeichnete Weltwirtschaft liegt auf der Intensivstation. Gebannt wie das Kaninchen auf die Schlange starrt die Finanz- und Wirtschaftswelt auf die fast täglich eintreffenden Rekord-Tiefs des Dollarkurses oder neue erschreckende Daten aus den USA.

In der bürgerlichen Propaganda heißt es oft, die wirtschaftliche Basis sei stabil, die einzige Gefahr sei das „Herbeireden“ der Krise. Die Realität ist aber ganz anders aus.

Börsenkrach und Dollarverfall sind nur Symptome der grundsätzlichen Widersprüche des Kapitalismus. Die herrschende Lehrmeinung, genannt Angebotspolitik, ist gescheitert. Ihr Glaubensbekenntnis: „Wachsende Unternehmensgewinne führen zu steigender Investition und folglich zu sinkenden Arbeitslosenzahlen“ ist nun für jeden deutlich als Trick zu erkennen, um unsere Taschen zu leeren und die der Bosse zu füllen. Zwar sind die Gewinne der Kapitalisten in den letzten fünf Jahren kräftig gestiegen, investiert in neue Arbeitsplätze haben sie indes nicht. Spekulationsgewinne besonders in den USA versprochen ebenfalls wesentlich höhere Profite als Investitionen in die Industrie.

Bereits seit 1985 hängt der Mini-Aufschwung am Tropf, künstlich ernährt durch die Finanz- und Haushaltspolitik der USA. Gerade das Rekordhaushaltsdefizit führte zum dringend benötigten Absatzmarkt in den USA, zu steigenden Zinsen und steigenden Unternehmensgewinnen. Dies entwickelte sich zwangsläufig zu einem höchst explosiven Gemisch aus Außenhandels- und Haushaltsdefizit sowie einem überhöhten Dollarkurs. Jetzt aber steht eine neue Rezession vor der Tür, nun ist auch für die USA der Zahltag gekommen.

Wachsende Verschuldung

Die Staatsverschuldung der USA ist 1987 auf 2000 Mrd. Dollar aufgebläht (1980: 914 Mrd.), d.h. sie ist in den letzten 7 Jahren stärker angestiegen, als in 200 Jahren vorher! Die Summe ungedeckter Zahlungsverpflichtungen (Renten, Konsumenkredite usw.) beträgt in den USA 10 Billionen Dollar!

Stimmen von Gewerkschaftern:

„Urabstimmung jetzt“ - „Bonn einkesseln“

Welche Vorstellungen über Forderungen und weitere Kampfmaßnahmen in der Stahlindustrie viele Kollegen und Gewerkschafter haben, wurde auf verschiedenen Veranstaltungen in Duisburg in den letzten Wochen deutlich. Unsere Korrespondenten berichten:

Bei einer ruhigheitsweiter Konferenz Mitte Dezember forderte Hans Janßen, früheres IGM-Vorstandsmitglied, eine weitere Steigerung und Ausweitung des Kampfes: „Seid nicht wählerisch in Euren Mitteln. (...) Auf einen großen Klotz gehört ein großer Keil. (...) Nur Unruhe kann die erste Bürgerpflicht der Bürger des Reviers sein“, rief er der Versammlung unter großem Beifall zu. Wenn der Mensch nicht im Mittelpunkt der Überlegungen von Cromme und Co. stehe, „dann brauchen wir eben die Vergesellschaftung der Eisen- und Stahlindustrie!“

Er kündigte die Veröffentlichung eines Gesetzentwurfs an, den er zusammen mit anderen erarbeitet habe und der die Vergesellschaftung der Eisen- und Stahlindustrie durch das Land NRW vorsehe. Wenn diese Initiative bei den Politikern auf taube Ohren stoße, müsse die Möglichkeit eines entsprechenden Volksbegehrens nach Artikel 68 der Landesverfassung ausgeschrieben werden. Janßen forderte alle zur Unterstützung dieser Initiative auf.

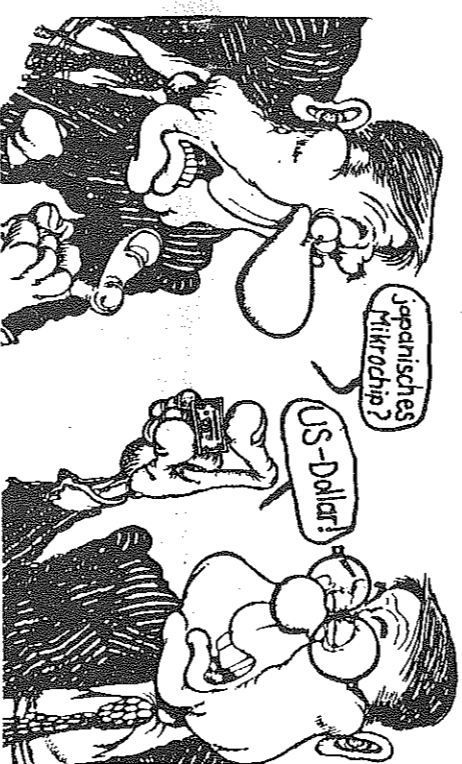
Auf die internationalen Dimensionen der Montankrise verwies Joe Holmes, früherer „Solidaritätsbeauftragter“ in der BRD der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM im Bergarbeiterstreik 85.

In Großbritannien ist die Zahl der Bergarbeiter von 160.000 im Jahr 1985 auf heute 80.000 reduziert worden. „Glaubt nicht, daß ihr bis 1995 nur

Das laufende US-Haushaltsdefizit (z.Zt. rund 150 Mrd. Dollar) wurde bislang vor allem durch ausländische Kapitalzuflüsse - angelockt durch hohe Zinsen - gedeckt. Wegen der unsicheren Wirtschaftslage, Zinssenkungen und Dollarverfall findet jedoch jetzt eine Flucht aus dem Dollar statt. Internationale Finanzanleger halten sich zurück, so daß die US-Regierung jetzt das Haushaltsdefizit zurückzahlen muß. Haushaltskürzungen werden aber den Markt beschneiden und den Eintritt der Rezession beschleunigen.

Die USA fordern von Japan und der BRD, durch Anknüpfung ihrer Binnennachfrage den Karren aus dem Druck zu ziehen. Darüber gibt es innerhalb der Bundesregierung zur Zeit eine Auseinandersetzung. Kohl ist gegen eine Auseinandersetzung, Kohl ist gegen Konjunkturprogramme, Bangemann bedröhrt sie, falls die Wirtschaftsdaten nach unten zeigen.

Und sie zeigen nach unten: Engagements der Wachstumsprognose von 3% sind das Bruttoerzeugnisprodukt (BSP)



Zahl mit 3 malnehmen“, warnte er die deutschen Bergarbeiter. Die britische Regierung plane jetzt sogar die Privatisierung des Bergbaus und wolle den deutschen Markt erobern. „Das ist die Loyalität der britischen Regierung gegenüber der deutschen Bergarbeitergewerkschaft, die 1985 im Streik Kohlelieferungen nach Großbritannien zugelassen hat“, sagte er mit kritischem Unterton in Richtung IGBE-Führung.

Er forderte dazu auf, sich auch international nicht gegeneinander auszuspielen zu lassen, sondern koordinierte gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen auf europäischer Ebene zu ergreifen. „Die Zeit ist gekommen, nicht auf internationale Blütkarten zu warten, sondern den Kampf selbst in die Hand zu nehmen!“ rief er aus.

Turbulent ging es Mitte Januar auf der „Zentralen Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute aus den Stahlbetrieben“ zu. Die Konferenz, an der rund 4000 IGM-Vertrauensleute, Betriebsräte und Kollegen von Krupp Rheinhausen teilnahmen, war geprägt von Wunsch, die jetzige Stahlarbeiterunde mit dem Kampf um den Erhalt aller Stahlstandorte zu verbinden.

Doch IGM - Vorstandsmitglied Zwickel wiegelte ab und vertörselte auf Verhandlungen und Warnstreiks. Daß er sich damit im Gegensatz zur Meinung der Basis befand, zeigte eine spontane Abstimmung, die der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Krupp Rheinhausen, Theo Steegmann, durchführte. Die große Mehrheit der Anwesenden stimmte für so-

1987 nur um 1,7%. Der Sachverständigenrat sel für 1988 ein Wachstum von 1.5% darin enthalten ist allerdings ein portsteigerung von 3,5%. Doch betrug der Exportzuwachs null zent. Wo eine solche Steigerung nicht des Dollarverfalls 1988 herkommen soll, bleibt das Geheimnis „Sachverständigen“.

Nein, die viel wahrscheinlichere Prognose ist die, daß wir in den nächsten 12 bis 18 Monaten ausgehenden USA den Einbruch der Weltwirtschafts-Rezession der Kriegsgeschichte erleben werden. Selbst wenn sich die Bundesregierung - trotz aller bereits aufgerissenen Haushaltslöcher - in letzter Minute noch zu Konjunktur-Stützungsmaßnahmen auftrappeln sollte, kann nur wenig Aufschwub bringen. die BRD noch Japan können eine lokale Lokomotiv-Funktion wie USA übernehmen, deren BSP im hin größer ist als das der 6 nächsten Konkurrenten zusammen. Und einer isolierten Fortsetzung des schwingens allein in der BRD auch keine Rede sein, angesichts Exportabhängigkeit von 34%.

Das Kapital und seine Regierung sind Gefangene ihres Systems, das abänderlich auf die nächste Krise steuert.

Frank Kirsch, Köln
Jungsozialist

Werner Nass, Betriebsrat bei esch in Dortmund, rief den Vermeinen zu: „Was ist das überhaupt eine Wirtschaftsordnung. Das ist nicht das, was unsere Väter sich vorgestellt haben! (...) Wir müssen darauf konzentrieren, daß privatschäftlich die Stahlindustrie überleben kann. (...)“

Am 24. Februar ist die Kanzlei de. Und wenn Franz Steinkühler als Boss in Baden-Württemberg Sozialpolitik der alten Bundesregierung auf den Marktplatz zu bringen, dann meine ich, bei diesem nicht das, was unsere Väter sich vorgestellt haben! (...) Wir müssen darauf konzentrieren, daß privatschäftlich die Stahlindustrie überleben kann. (...)“

In einem Gespräch mit einem VORAN-Redakteur sagte z.B. Günter Junghut, Betriebsrats-Mitglied Thyssen-Stahl, Oberhausen: „Ich bin der Auffassung, daß letzten Endes ein gemeinsamer Kampf von Krupp und Stahl, den beide gemeinsam durchstreichen zum Erfolg führen Es darf nicht das gleiche passieren in den letzten Jahren: jeder stirbt sich allein.“

Weiter forderte er vom DGB Versuch, branchenübergreifend Kämpfe zusammenzufassen und direkt gegen die Bundesregierung zu richten: „Die ganze Sozialgesetzgebung orientiert sich gegen die Arbeitnehmer. Deshalb dürfte es nicht schwer sein, vom DGB eine gemeinsame Position zu finden. Bonn muß sich einokkesseln werden.“

Jetzt mobilisieren für Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle

Fortsetzung von Seite 1

Die demokratische Kontrolle über einen verstaatlichten Industriezweig könnte nach folgendem Modell ausgeübt werden:

- Arbeiterkontrolle, d.h. weitgehende Mitsprache- und Entscheidungsrechte der Betriebsräte und Vertrauensleute bei Entlassungen, Einstellungen, Arbeitsbedingungen, Produktionsänderung, Einführung neuer Technologien usw.

- demokratische Verwaltung in der Leitung des Betriebes. Das könnte z.B. so aussehen, daß sich die Aufsichtsrats- und Leitungsgremien drittelparitätisch aus Vertretern der Belegschaft, der Gewerkschaften und des Staates zusammensetzen.

Die Belegschaftsvertreter können die unmittelbaren Interessen der Beschäftigten und deren Sachverstand im Produktions- und Verwaltungsbereich einfließen lassen. Die Gewerkschaftsvertreter könnten die Gesamtinteressen der Beschäftigten in der Branche (auch der Zulieferer- und Abnehmerbetriebe) einbringen. Dem schließlich soll es nicht zu einzelnen Konfliktfällen zwischen den einzelnen verstaatlichten Betrieben kommen, sondern zu einer harmonischen Gesamtplanung der Produktion in der Branche. Die Vertreter des Staates können die Belange gesamtstaatlicher Rahmenplanung (Infrastruktur, Energieversorgung, Koh- und Werkstofflieferung usw.) einbringen.

Bei 2/3 Arbeitnehmervertretern und nur 1/3 Staatsvertretern können auch allzu starke staatliche Eingriffe verhindert werden. Wichtig ist allerdings, daß sich die Vertreter und Funktionäre nicht von den Interessen und Wünschen der Basis entfernen können. Deshalb muß die Möglichkeit zur jederzeitigen Abwahl bestehen. Außerdem darf kein Vertreter mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn eines Stahlfacharbeiters. Dem wer hohe Einkommen bezieht, kann sich kaum in die Lage eines normal- verdienenden Arbeiters hineinversetzen. Die Gefahr des „sozialen Abhebens“ besteht dann zweifellos. Durch Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit sowie Begrenzung des Einkommens kann jedoch eine enge Anbindung an die Interessen der Basis gewährleistet werden.

Dieses Konzept einer verstaatlichten, demokratisch kontrollierten und geplanten Stahlindustrie ist anderen in der Diskussion befindlichen Lösungsmodellen deutlich überlegen, weil es deren Mängel ausschließt. Die SPD fordert einen „nationalen Stahlverbund“ nach dem Vorbild der Ruhr-

kohle AG, wobei die Tochterunternehmen der Konzerne zu einer Gesamtgesellschaft zusammengefaßt werden sollen. Dieses Konzept läuft jedoch darauf hinaus, Verlustbetriebe wieder mal zu sozialisieren. Warum sollen die profitablen Bereiche in Privat-hand bleiben? Außerdem wird damit ein „geordneter“ Abbau von Überkapazitäten angestrebt, also Arbeitsplatzabbau unter staatlicher Regie. Die Erfahrungen mit der Ruhrkohle AG zeigen dies allzu deutlich. Damit ist der Erhalt aller Arbeitsplätze und die Planung nach Bedürfnissen nicht möglich.

Markt versagt

Hans Jochen Vogel hat gesagt, daß „Vergesellschaftung nur ein letztes Mittel“ sein könne, wenn der Markt versagt und auf entsprechende Beschlüsse des Nürnbergiger Parteitages verwiesen. Aber die Krise in der Stahlindustrie zieht sich jetzt seit 1974 hin. Alle marktwirtschaftlichen Lösungsversuche liefen darauf hinaus, die Krise auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten auszutragen. Welche Beweise für das Versagen des Marktes braucht die SPD-Führung noch?

Auch das Konzept der IG-Metall über konzerninterne „Beschäftigungs-satzplätze“ zur Schaffung von Er-satzarbeitsplätzen in der Stahlindustrie und den Stahlregionen bleibt an bestimmten Punkten stecken. „Konzernintern“ würde wieder Konkurrenz statt Gesamtplanung bedeuten. Unter wessen Kontrolle und in wessen Eigentum sollen diese Beschäftigungs-sellschaften stehen? Von Enteignung und Gemeineigentum ist jedenfalls keine Rede.

Beide Konzepte gehen überdies von staatlichen Subventionen, also von unseren Steuergeldern zur Reparatur



Johannes Rau bei den Krupp-Kollegen in Rheinhausen. Die SPD-Landesregierung in NRW muß unter Druck gesetzt werden, damit sie Verstaatlichungsmaßnahmen im Stahlbereich selbst durchführt.

und „Abfederung“ einer Umstrukturierung aus. Enteignung, Gemeineigentum, demokratische Kontrolle und Produktionsplanung eröffnen dagegen wirklich langfristige Lösungen und den Einsatz der (ohnehin von den Arbeitern erwirtschafteten) Profite sowie öffentlicher Gelder unter gesellschaftlicher Kontrolle.

Die Forderung nach Vergesellschaftung steht in fast allen Grundsatzprogrammen der Gewerkschaften; sie wird von vielen Kollegen immer wieder erhoben. Es wird höchste Zeit, mit der Mobilisierung dafür endlich ernst zu machen, statt sich immer wieder neue Vorstufen und Modelle auszudenken. Eine solche Mobilisierung sollte umfassen:

- Aufbau eines unbefristeten Voll-



Transparent am Tor 1 bei Krupp Rheinhausen.

streiks in der Stahlindustrie; sofortige Urabstimmung in Zusammenhang mit der laudenden Stahltarifrunde; Einbeziehung aller Stahlstandorte durch Initiativen der IGM-Führung wie auch parallel dazu durch Belegschaften selbst, wie sie die Rheinhausener Arbeiter bereits mit ihren Besuchen bei anderen Belegschaften ergriffen haben;

- Einbeziehung der Bergarbeiter: Zusammenarbeit der IGM und der IGBE sowie Entsendung von Belegschaftsdelegationen auch zu den Zechen mit dem Ziel, auch in den Kohlerevier-einen unbefristeten Vollstreik aufzubauen;

- europaweite gewerkschaftliche Zusammenarbeit im Montanbereich; Organisation einer europäischen Montankonferenz der Arbeiter, mit Vertretern der entsprechenden Gewerkschaften und Belegschaften der betroffenen Unternehmen, die europaweite Kampfmaßnahmen organisieren sollte;

- Zusammenfassung der verschiedenen Abwehrkämpfe gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau durch den DGB (z.B. Bahn, Post, öffentlicher Dienst, Ladenschluß, Steuerreform usw.); siehe dazu auch Artikel Seite 1); Organisation eines 24stündigen Generalstreiks im Ruhrgebiet in Verbindung mit Massendemonstrationen und einem Marsch auf Bonn.

Mobilisierung

Auch die SPD-Führungen in Düsseldorf und Bonn müssen sich hinter diese Mobilisierung stellen. Es reicht nicht aus, darauf zu verweisen, daß die

Stieggemann erklärte, daß das Nachgeben des Betriebsrates vor allem im Zusammenhang mit der sogenannten Frankfurter Vereinbarung vom 10. Juni zu sehen sei. In dieser Vereinbarung stimmte die IG Metall grundsätzlich dem Abbau von Überkapazitäten zu; die Stahlunternehmen verpflichteten sich, bis zum 31.12.1989 keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen und Maßnahmen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den betroffenen Regionen zu ergreifen.

Stieggemann wies darauf hin, daß diese Frankfurter Vereinbarung sehr unterschiedlich bewertet werden „sei und stelle mit deutlicher Kritik fest: „Damit war unsere Position als Betriebsrat natürlich nicht mehr haltbar. Die 2000 Entlassungen müssen vom Tisch, wenn die Situation so war, daß grundsätzlich ein Arbeitsplatzabbau und damit ein Arbeitsplatzabbau von der IG Metall politisch akzeptiert wurde.“

Steuergeldern ausgegeben werden? Die Verfügungsgewalt des Kapitals? Nein, das einzig angemessene Instrument ist die Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum bzw. demokratischer Kontrolle und Planung entsprechend den Bedürfnissen.

Die SPD-Landesregierung konnte damit beginnen, die Stahlkonzerne NRW in Landeseigentum zu überführen angefangen mit dem Werk Krupp Rheinhausen!

Es gibt bereits eine Initiative von Metallern um das frühere IGM-Vorstandsmittglied Hans Jansen, die ein Gesetzesentwurf zur Überführung des Eisens- und Stahlindustrie in das Eigentum des Landes NRW vorbereitet hat. Die SPD-Landesregierung sollte dies vorbehaltlos aufgreifen und unterstützen, unterstützt durch eine breite Mobilisierung der gesamten Partei! Zusammenarbeitet mit den Gewerkschaften. In Anbetracht der Situation im Ruhrgebiet wäre es außerdem angebracht, einen außerordentlich SPD-Landesparteitag zur Beratung von Programm und Strategie einzubrufen. Jungsozialisten und Parteilinien sollten sich dafür einsetzen.

Generalstreik

Außerdem müßte die SPD-Landesregierung die Initiative zum Kampf gegen das Krisendiktat von Kohl umsetzen. Kapital ergriffen und alle anderen SPD-regierten Länder ebenfalls zur Überführung ihrer Krisenbetriebe unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung aufordern. Die Mobilisierung der Arbeiter und Jugend im Schulterschluss mit den Gewerkschaften, die Organisation einer Einheitsfront aller SP-regierten Länder gegen Bonn - das könnte ein entscheidender Schritt gegen das Ausbluten der Krisenregionen, der SPD-regierten Länder sowie der Gemeinden durch die Kohltregung sein.

Ein 24stündiger Generalstreik mit Marsch auf Bonn, unterstützt durch die SPD-Landesregierung und anderen SPD-regierte Länder; eventuell auch durch bundesweite Solidaritäts-Aktionen am gleichen Tag kann ein Notfall im Sarg dieser Regierung des Kapitals werden. Es kann der Anfang für eine Mobilisierung zum Sturz der Koalition und für eine SPD-Aleinregierung mit sozialistischem Programm sein.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Aktuelle Stellungnahme von VORAN zum Stahlarbeiterkampf

Analyse und Forderungen zum aktuellen Kampf der Stahlarbeiter in Rheinhausen und anderswo VORAN. Das Falblatt umfaßt Seiten und kostet 70 Pfennige. Es ist über die Redaktion zu beziehen.

VORAN

Entlast die Bosse - nicht die Arbeiter!

Kampf um den Erhalt jedes einzelnen Arbeitsplatzes!



Jugend für Sozialismus

Kampf gegen Kürzungen an Hochschulen in NRW Bildung darf kein Luxus sein!

Vom wirtschaftlichen Aufschwung spürte der Großteil der Bevölkerung nichts. Im Gegenteil: Arbeiter, Arbeitslose, Rentner usw. haben durch die Politik der Umverteilung von unten nach oben eine Verschlechterung ihres Lebensstandards erfahren. Auch das Bildungswesen ist von der Kahlschlagpolitik der Kohl-Regierung nicht verschont geblieben.

Dort - wie überall - sind vor allem die Kinder von Beschäftigten und Arbeitslosen von den Kürzungen betroffen, z.B. durch die drastische Kürzung des Schülerbafögs, die Umstellung des Studienbafögs auf Vollarbeiten usw. Wer da noch nebenbei arbeiten muß, hat kaum eine Chance: Vor allem deshalb gibt es hohe Durchfallquoten bei Klausuren und Prüfungen. Bildung ist für viele schon Luxus geworden!

Dabei ist genug Geld vorhanden, um auch allen Kindern aus der Arbeiterklasse eine optimale Bildung zu gewährleisten. Im Haushalt '88 der BRD werden ca. 51 Mrd. DM für Rüstung,

degegen aber nur 3,5 Mrd. DM für Bildung ausgegeben.

Kürzungen in NRW

Leider gibt es Kürzungen auch in SPD-regierten Bundesländern: In NRW sind Kürzungen im Bildungsreich durchgeführt worden oder vor-gesehen:

- das Essen in der Mensa ist teurer geworden, pro Essen 10 Pfg.;
- Ab dem Semester 88/89 soll der Sozialbeitrag von 30,- DM auf 40,- DM erhöht werden.

Die SPD-Landesregierung hat ein Perspektiv-Papier 2001 entwickelt, wo unter anderem die Kürzungen aufgeführt werden, welche bis zum Jahre 2001 durchgeführt werden sollen. In Aachen wurde Ende November '87 bekannt, daß dieses Perspektivpapier unter anderem folgendes vorsieht: An der Philosophischen Fakultät sollen die Sekundarstufe II (Lehrerausbildung) und der Magisterzweig (bis auf die Fächer Deutsch, Englisch und Religion) geschlossen werden.

Daraufhin haben sich die Studenten gewehrt und auf einer Vollversammlung am 30.11.1987 mit über 5000 Studenten einen dreitägigen Generalstreik beschlossen. Streikkomitees wurden gewählt und fast alle Fakultäten haben sich solidarisch erklärt und sich am Streik beteiligt.

Am 1. 12. kam die SPD-Wissenschaftsministerin Anke Brunn zum SPD-Unterbezirksparteiabend nach Aachen. 16.000 Menschen marschierten mit Pfeifen, Trompeten u.ä. zum Parteitag, um dort ihren Protest gegen die geplante Kürzung zu zeigen. Dies ist die größte Demo seit den 60er Jahren in Aachen gewesen. Es haben auch Beschäftigte der Hochschule mitdemonstriert. Denn auch ihre Arbeitsplätze sind bedroht. Kürzungen an der Philosophischen Fakultät bedeuten Arbeitsplatzabbau in der Verwaltung und beim Lehrpersonal. Aber auch technische Fächer wie Geographie, Bauingenieurs- und Vermessungswesen u.a. sollen von den Kürzungen erfaßt werden.

Der Streik hat eine Woche gedauert, doch er ist immer mehr abgeflaut. Grund dafür ist gewesen, daß kaum politische Forderungen erhoben wurden, wie z.B. Rücknahme aller Kürzungen! Der Streik hat sich nur auf die Forderung „Keine Kürzung an der Philosophischen Fakultät“ beschränkt.

Die Kürzungen an der Aachener Universität sollen nur der Anfang verstärkten Abbaus in ganz NRW sein. Bis zum Jahr 2001 sollen z.B.

- die Fachhochschule Hagen ganz geschlossen werden;
- die Fachhochschule Iserlohn soll zur Fachhochschule Dortmund verlegt werden;
- die Zahl der Medizin-Studenten soll um 25,1% gekürzt werden.

Die ganzen Kürzungen bedeuten Einschränkung der Studienfächer, weniger Studenten und Wegfall von einigen tausend Arbeitsplätzen. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen si-



Kommunipolitischer Parteitag der Aachener SPD am 1.12.87. 6000 im Saal demonstrieren Studenten und 70 Delegierte.

chern vier Studenten einen Arbeitsplatz (in der Verwaltung, im Buchhandel, in der Gastronomie u.a. Bereichen). Die Kürzungen betreffen vor allem die Geistes- und Sozialwissenschaften, deshalb sind vor allem Frauen betroffen, da sie mit ca. 70% diese Fächer belegen.

In der SPD

gegen Kürzungen kämpfen!

Offiziell begründen Anke Brunn, NRW-Wissenschaftsministerin, und andere SPD-Minister die Kürzungen wie üblich mit Schlagworten wie „notwendige Kapazitätsanpassung“. Zum Beispiel würden in Zukunft weniger Lehrer gebraucht! Oder die verschlechterte Finanzlage des Landes wird als Grund für Kürzungen angegeben. Doch wenn von „notwendig“ die Rede ist, sollten wir uns immer fragen: für wen notwendig? Wenn die Kapitalisten für ihre Wirtschaft meinen, sie bräuhnten nicht mehr so viele gebildete Kinder und Jugendliche, dann heißt das nicht, daß dies volks-

wirtschaftlich vernünftig ist. In Wahrheit muß die Bildung sogar noch ausgedehnt werden.

Die Finanzierung muß dagegen den Quellen des Landeshaus kommen, die bisher für Geschenken das Kapital verwendet werden. Gegen die SPD auch nur so b knunft Wahlen gewinnen können Gegen die Kürzungen und gegen derzeitige SPD-Kürzungspolitik sen wir uns wehren! Indem wir i SPD für eine Politik kämpfen, die Interesse der Beschäftigten, Arbeit sen, Studenten usw. ist. In der müssen wir gegen die Kürzungen mobil machen. Wir fordern:

- Rücknahme aller Kürzungen vor allem keine weiteren Kürzungen!
 - Ausbau des Bildungswesens;
 - kostenlose Bildung für alle;
 - sofortige Einstellung aller arbeitslosen Lehrer;
 - angemessenes Bafög von 1000 netto ohne Darlehensanteil.
- Eliane Peters, Aachen
Jungsozialistin

Jugend- und Auszubildendenvertretungen

Mehr Rechte für die Jugend im Betrieb!

In den letzten Jahren wurde der Ruf nach einer Änderung des Gesetzes immer lauter, das die Jugendvertretung im Betrieb regelt. In vielen Konzernen gibt es schon gar keine Jugendvertretung mehr, weil nur unter 15jährige vom Gesetz erfasst sind. Die Folge ist: Die Auszubildenden (Azubis) sind in schwierigen Fragen alleingelassen. Sie werden ausgenutzt und lernen nichts. Niemand setzt sich gezielt für ihre Rechte ein. Laut Betriebsverfassungsgesetz von 1972 darf in einem Betrieb ein Jugendvertreter gewählt werden, wenn dort mindestens fünf Jugendliche unter 18 Jahren beschäftigt sind. Doch damals begannen Jugendliche meist mit 15 Jahre Ausbildung und hatten sie oft vor dem 18. Lebensjahr abgeschlossen. Heute sieht es dagegen ganz anders aus. Eine abgeschlossene Ausbildung vor dem 18. Lebensjahr ist die absolute Seltenheit, ja viele fangen ihre Ausbildung erst mit 18 an.



delesschule durchlaufen. Meist sind ein oder gar zwei Jahre verloren. Eine der Folgen: keine Jugendvertretung.

Dies ist geradezu eine Farce, denn obwohl in vielen Betrieben soviel Azubis tätig sind, daß ihnen eigentlich zwei oder gar drei Jugendvertreter zustehen, haben sie im besten Fall nur einen, weil die meisten Azubis über 18 sind und nur aus diesem Grunde kein Wahlrecht besitzen. Dieser ein Jugendvertreter sollte sich nun aber um alle Azubis kümmern, was zu einer selbstverständlichen Überbelastung führt. Was ist die Folge? Eine Fürsorge für alle Azubis ist nicht gewährleistet. Niemand achtet darauf, daß sie wirklich etwas lernen. In diesem Fall werden sie oft zur billigen Arbeits-

Vor allem Auszubildende brauchen Vertretung

Der Grund ist leicht zu finden. Jugendliche, die nicht direkt nach der Schule - aufgrund von Lehrstellenmangel - eine Ausbildung bekommen, müssen Warteschleifen wie das Be-

triebsrat:

- für das Recht auf eigene Sitz- und Jugend- und Auszubildendenvertretungen nach Bedarf sowie fassende Betriebsbegehrun-

1.12.87: 16.000 Demonstranten protestieren gegen die Kürzungspolitik an der Aachener Hochschule durch die NRW-Landesregierung.



Hungerstreik in Bayern Jusos unterstützen Protestaktion von Asylbewerbern

In vielen armen Ländern der Erde gibt es Kriege, Bürgerkriege und Militärdiktaturen. Diktatorische Regimes unterdrücken und verfolgen besonders die unabhängig organisierte Arbeiterbewegung. Häufig werden diese Diktaturen von den „demokratischen“ Regierungen der westlichen Industriestaaten geduldet oder sogar massiv unterstützt, wie das Pinochet-Regime in Chile, das Apartheid-Regime in Südafrika usw.

Auf dem Papier gibt es in der BRD Asylrecht, doch die Flüchtlinge erwartet hier die Zwangseinweisung in Sammellager, ein fünfjähriges Arbeitsverbot, Sozialhilfe in Form von minderwertigen Essenspaketen und jahrelange, zermürbende Anerkennungsverfahren. Diese Maßnahmen sind in den letzten Jahren immer mehr verschärft worden und werden in Bayern besonders rigide gehandhabt.

Aus Protest gegen diese Zustände haben Asylbewerber in mehreren Sammelagern in Bayern Hungerstreiks organisiert. Sie forderten u.a. volle Bargeldauszahlung der Sozialhilfe statt Essenspaketen, Auflösung des Sammellager und Aufhebung des

der Freizügigkeit. Um einen konkreten Einblick in die Lage von Flüchtlingen zu bekommen, hat die Juso-AG Nürnberg-Maxfeld im September/Oktober '87 mehrere Veranstaltungen organisiert. Zunächst gab es eine AG-Versammlung über Asyl in der BRD. Bei einem Besuch des Sammelagers Nürnberg Schlafhof berichteten uns die Hungerstreikenden über ihr Leben und die Zustände im Lager. Sie zeigten uns einige Einrichtungen in sehr schlechtem Zustand.

Nach dieser Erfahrung haben wir eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt. Bei den Mobilisierungskativen haben wir Unterschriften und Geld für das Komitee der Flüchtlinge gesammelt und bekundeten damit den Asylbewerbern unsere Solidarität.

Allerdings hat die bayrische Staatsregierung den berechtigten Forderungen der Flüchtlinge nicht nachgegeben, so daß der Hungerstreik nach einigen Wochen (!) aufgegeben werden mußte. Wir haben daraus gelernt, daß eine breite Unterstützung der Arbeiterbewegung nötig ist, um solche Protestaktionen zum Erfolg zu führen.

Stefanie Castner, Kalchreuth

Mehr Rechte für die neuen Vertretung

Jetzt hat die Gewerkschaftsju einen ersten Erfolg bei ihrer Kamme für Jugend- und Auszubildendenvertretungen erreicht. Durch Druck hat der Bundestag dazu neues Gesetz verabschiedet. Gete Blim & Co. wollen damit der Ju nur ein formales Recht zugestehen. Die Vertretung soll nach ihnen nicht kein Kampfinstrument sein: 1. direkte Rechte stehen nicht im Gesetz. Für diese Rechte müssen wir kämpfen:

- für das Hochstalter der Wahlrechtigten von 25 Jahren;
 - für die Möglichkeit der Bildung der Jugend- und Auszubildendenvertretung auch in Betrieben ohne Betriebsrat;
 - für das Recht auf eigene Sitz- und Jugend- und Auszubildendenvertretungen nach Bedarf sowie Betriebsbegehrun-
- Roland I. Goethe, Krefeld

Jugend für Sozialismus

Bilanz der Juso-Herbstkampagne:

Jungsozialisten müssen ein Jungarbeiterverband werden

Der Kapitalismus steht vor einer Rezession, die die bisherigen in ihren Auswirkungen noch übertreffen wird. Doch schon im jetzt zu Ende gehenden Aufschwung stagnierte die Arbeitslosigkeit. Das Kapital und seine Bundesregierung starteten schon in den letzten Jahren drastische Angriffe auf die Recht der Arbeiter. Vor allem auch junge Arbeiter sowie Schüler und Studenten aus Arbeiterfamilien waren und sind betroffen.

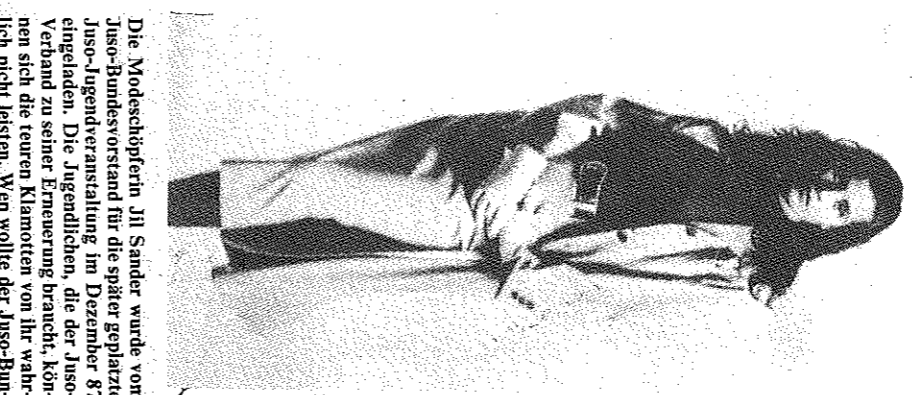
Aufgabe der Jungsozialisten, des Jugendverbandes der SPD, sollte es also sein, über Kampagnen gerade diese Jugendlichen, die die Mehrheit der Jugend ausmacht, gezielt anzusprechen und für den Verband zu aktivieren.

Die bundesweite jugendpolitische Juso-Kampagne, die im Herbst 87 lief, bot dazu gute Möglichkeiten. Viele Untergliederungen griffen diese Möglichkeit auf, initiierten verstärkte Außenaktivitäten und führten größere Veranstaltungen durch. Die Beispiele in dieser VORAN-Ausgabe stehen für eine Vielzahl von Aktivitäten in den meisten Städten und Kreisen der Bundesrepublik. Oft kamen diese Aktionen auch gut an und es konnten neuen Aktivisten für die Jusos gewonnen werden, denn die Kampagne fiel zusammen mit vielen Aktionen der Arbeiterklasse und der Jugend. In den Kämpfen gegen Kahlschlag bei Stahl und Kohle, gegen die Privatisierung der Post, gegen Entlassungen bei der Bahn, gegen die Verlängerung der Lauchenschulzeiten, gegen Kürzungen im Hochschulbereich: Überall ist zu sehen, daß gerade Jugendliche in die vorderen Reihen der Kämpfenden drängen und daß viele von ihnen eine sozialistische Perspektive suchen.

Doch leider war dies nicht die Stoßrichtung, die der Juso-Bundesvorstand der Kampagne gab. Natürlich will auch der Bundesvorstand Jugend-

liche für die Mitarbeit gewinnen. Er steht ziemlich unter Druck, denn von 1980 bis 87 ist die Zahl der SPD-Mitglieder im Juso-Alter um 63.000 auf 187.000 Mitglieder gesunken. Unter anderem übt die Parteispiße in der Form Druck aus, daß sie teilweise versucht, eine eigene Jugendarbeit aufzubauen. Das will Peter Glotz, Leiter der jugendpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand: „Jugendbeauftragte bei den Unterbezirken, die Knüpfung „kleiner Netze“ von jungen Leuten durch unsere Abgeordneten, Jugendfestivals ... und eine größere Dialogfähigkeit des politischen, Establishment“ gegenüber den Jugendlichen.“ Man kann sich leicht vorstellen, daß Jugendliche, die sich um die Abgeordneten scharen, nicht unbedingt zu den kämpferischsten Teilen der Jugend gehören.

Der Juso-Bundesvorstand gab und gibt auf diesen Druck die falsche Antwort. Er gab kaum eine politische An-



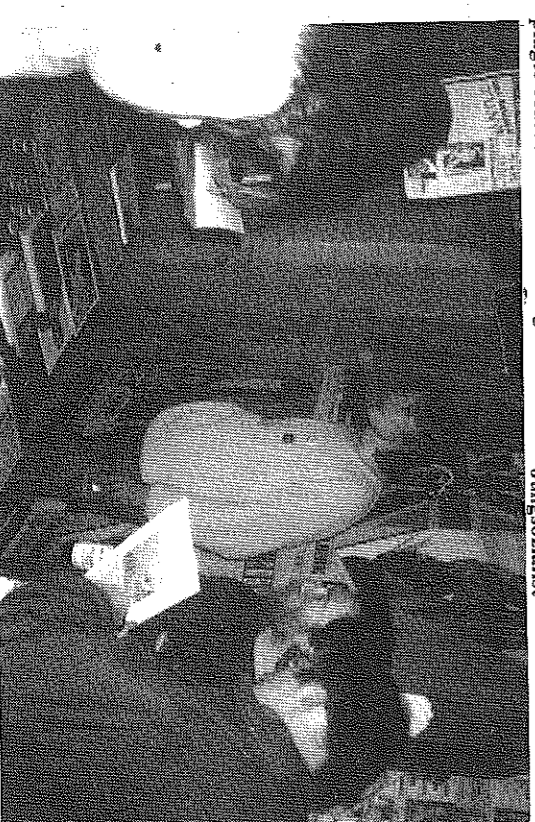
Die Modeschöpferin Jill Sander wurde vom Juso-Bundesvorstand für die später geplante Juso-Jugendveranstaltung im Dezember 87 eingeladen. Die Jugendlichen, die der Juso-Verband zu seiner Erneuerung braucht, können sich die teuren Klammotten von ihr wahrlich nicht leisten. Wen wollte der Juso-Bundesvorstand überhaupt auf der Veranstaltung haben?

Juso-Bundesvorstand kampagneneunfähig

den Stadtteile bedeuten würde, wurde in der Planung nicht mal erwähnt. So ergriff unsere Juso-AG die Initiative, 1500 Flugblätter wurden in den beiden am meisten betroffenen Straßenzügen verteilt, an 100 Hausüren geklopft, Stände und Presseklärungen organisiert und innerhalb eines Monats war die Podiumsdiskussion perfekt.

Für unsere erst sechs Monate junge AG war die Veranstaltung ein großer Erfolg: Die meisten der 27 Anwesenden hatten mit der SPD vorher noch nichts zu tun gehabt, doch einige wollten auch fortan in unserer AG mitarbeiten und waren bereits bei der nächsten Sitzung.

Dieter Affeln, Hamburg
Jungsozialist



Besucher der Veranstaltung der Jusos Hamburg-Bahnhof zeigen Interesse an weiteren

28.11. kamen gerade ca. 70 Besucher, das ist in der Zahl noch nicht mal die Summe aller Mitglieder der Landesvorstände!

Notwendig:

Erneuerung der Jusos

Im Gegensatz zu einer Reihe von Untergliederungen hat sich so der Bundesvorstand als Ganzes als kampagneneunfähig erwiesen. Entscheidend dabei sind nicht technische Mängel oder persönliche Unzulänglichkeiten, sondern der Verzicht auf ein klares sozialistisches Programm, das viele junge Arbeiter, vor allem der heute kämpfenden, suchen als Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos. Das Urteil, daß sich solche Jugendliche mehr für Mode und ihre eigene Individualität als für den Kampf gegen die Verhältnisse interessieren, kann zu noch größerer Stagnation führen, wenn der Juso-Verband nicht von links erneuert wird. Das positive Ergebnis der Kampagne, nämlich der Offengeist vieler Jungsozialisten an der Basis zeigt, daß diese Erneuerung schon im Gange ist. Die nächsten Jahre werden verstärkt wirtschaftlichen Zerfall und auch verstärkte Aktionen der Arbeiterjugend mit sich bringen. Ein sozialistischer Massen-Jugendverband ist eine absolute Notwendigkeit – wer denn, wenn nicht wir Jungsozialisten?

Bruno Hof, Köln
Jungsozialist

Aachen Kampf für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum

Am 13.11.87 fand die Höhepunktveranstaltung der Juso-Schülergruppe in ihrer Kampagne für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum statt. Unter dem Motto „Ohne Moos nix los“ hatten wir seit dem 24.10. auf Flugblättern und mit unserer Schülergruppenzeitung (Rote Bazille) bei mehreren Instanzen und vor Schulen in Aachen für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum Aktionen gemacht. An der Veranstaltung mit anschließender Fete nahmen ca. 80-90 Jugendliche teil. Vertreter von SPD und Grünen unterstützen unsere Forderung. (Die CDU hatte schon vorher abgesagt.) Da die Veranstaltung so erfolgreich war, werden wir weiterhin auf diesem Gebiet aktiv bleiben, um unsere Forderung auch wirklich durchsetzen zu können. Die SPD in Aachen steht voll hinter unseren Forderungen; einzelne SPD-Mitglieder spenden Geld für die Juso-Schülergruppe, damit wir unsere Aktivitäten noch verstärken können.

Werner Schmitz, Aachen
Vorsitzender Juso-Schülergruppe



80-90 Jugendliche waren bei einer Jugendveranstaltung der Juso-Schülergruppe Aachen.

Kassel Aktionen für einen besseren öffentlichen Nahverkehr

Nach einer breiten Diskussion in der Juso-AG Kassel-West haben wir unsere gemeinsamen Forderungen zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf ein Flugblatt gebracht: Halbieren der Fahrpreise (mit dem Endziel Nulltarif, Ausbau des ÖPNV-Angebots ohne Belastung der Arbeitnehmer, deshalb Stellenausbau und Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, Ausbau des P+R-Angebots und Grüne Welle für Bus und Bahn.

hundert- und atengerechte Umgestaltung der Fahrzeuge und Haltestellen. Vorfänger Höhepunkt unserer Kampagne war eine Podiumsdiskussion, in der Vertreter der KVG (Kasseler Verkehrsgesellschaft) Stellung zu beziehen hatten.

Häufige Kritikpunkte waren vor allem zu hohe Preise, schlechte Verbindungen und zu lange Wartezeiten. Es wurde deutlich, daß der Mitfahrrat immer wieder auf die Bus- und Straßenbahnfahrer abgeladen wird: „Well sonst ja niemand da ist.“ Wir Jusos setzten dem entgegen, daß gerade

momentanen Bedingungen zu leidern haben und forderten Arbeitszeitverkürzung und Stellenausbau statt -abbau! Aber, jede Verbesserung kostet Geld, und Geld ist nicht da. Weder b der KVG noch bei der Stadt. Hier lautet unsere Forderung, alternative Finanzierungquellen aufzuzun: z.B. Großunternehmer, Einzelhandels-Bund und Land. Wir erinnern daran, daß die KVG eine zentrale, soziale und ökologische Verantwortung haben und diese zum Leitfaden des ÖPNV werden muß!

Carsten Becker, Kassel
Jungsozialist

China auf dem Weg zum

Das Jahr 1987 brachte viele wichtige Ereignisse, die China in den Schlagzeilen der Weltpresse erscheinen ließen. Es fing an mit den Studentendemonstrationen in mehreren Großstädten für mehr Demokratie, Pressefreiheit, freie Wahlen, bessere Arbeits- und Studienbedingungen. Im Oktober brachen dann die Unruhen in Tibet aus; wir sahen Bilder von demonstrierenden Mönchen, die sich Straßenschlachten mit der Polizei lieferten. Im November endlich fand der XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) statt (der 2. in den letzten 20 Jahren!), wo ein gewisser Generations- und Führungswechsel durchgeführt und der wirtschaftspolitische Kurs der sogenannten "Reformer" unter Zhao Ziyuan (dem neuen Generalsekretär) bestätigt wurde.

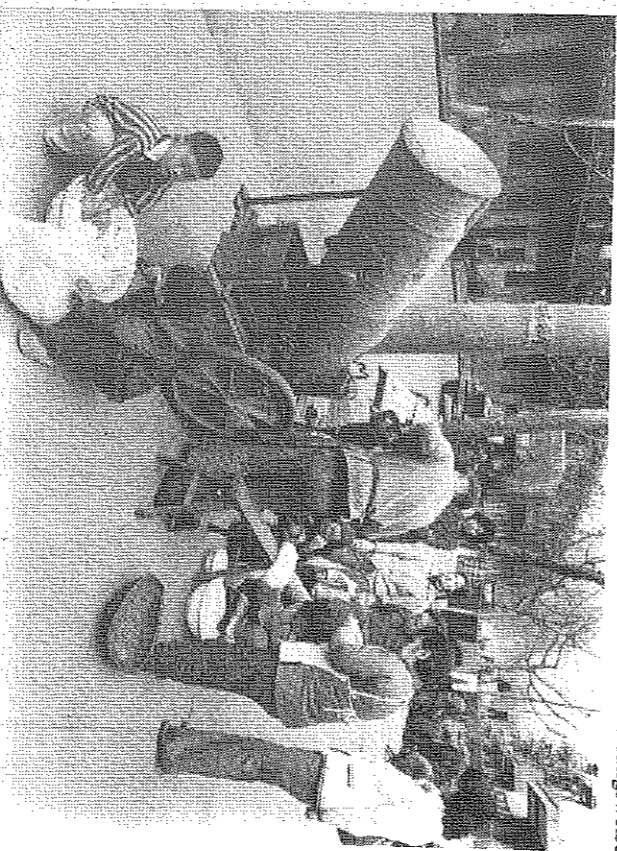
Die Schlagwörter des Jahres - ähnlich wie in der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern - waren u.a. "wirtschaftliche Liberalisierung", "Einführung marktwirtschaftlicher Elemente", "Öffnung zum Westen", etc. Bei einigen wesentlichen Politikern klang sogar die Hoffnung an, China habe dem Maoismus, ja vielleicht auch dem Kommunismus endlich den Rücken gekehrt und sei auf dem Weg der kapitalistischen Entwicklung.

Soziale Revolution

Es ist wichtig, sich mit China zu befassen, allein wegen der historischen Bedeutung. Es ist das bevölkerungsreichste Land, in dem eine soziale Revolution durchgeführt und die Klasse der Kapitalisten und Großgrundbesitzer enteignet wurde. Ohne Übertreibung kann man heute sagen, daß die Revolution 1949 das zweitwichtigste Ereignis in der Geschichte der Menschheit darstellt. Schließlich hat sie ein heute 1,1 Mrd. zählendes Volk aus der dunklen Vergangenheit des letzten Jahrhunderts herausgeholt ins moderne Industriezeitalter.

Lebensstandard

Ein großer Verdienst von Marx besteht in vom ihm wissenschaftlich geführten Nachweis, daß der Motor des sozialen Fortschritts die Entwicklung der Produktivkräfte ist und daß die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Menschen leben, ihr Bewußtsein entsprechend prägen bzw. letztlich auch verändern. Die Basis der chinesischen Gesellschaft seit der Revolution 1949 ist das Staatsigentum an Produktionsmitteln, Handel sowie Grund und Boden. Das hat zu einer riesigen Steigerung der Wachstumsraten geführt. 1986 wuchs die Industrieproduktion z.B. um 10 %, für 1987 um schätzungsweise



Zwar verhilft der kleine private Sektor einigen Chinesen zu Nebeneinkünften und stopft ein paar Brieftaschen mit Geld. Die Lösung der Wirtschaftsprobleme kann jedoch nur die Abschaffung der Bürokratieherrschaft bringen.

Vor der Revolution war China in gewisser Weise mit dem damaligen Indien vergleichbar: Die Masse der Bevölkerung lebte in dem unsagbaren Elend einer halbfeudalen, völlig rückständigen Gesellschaft. Heute hat der Durchschnitts-Chinese aufgrund der zentralen Wirtschaftsplanung durchweg einen höheren Lebensstandard als sein Kollege in Indien. Die materiellen Verbesserungen der letzten 40 Jahre sichern dem politischen Regime in China eine gewisse Stabilität; Partei und Regierung können immer noch auf weitgehende Sympathie in der Bevölkerung zurückgreifen, auch wenn Unzufriedenheit und Kritik vorhanden ist, wie die Studentendemonstrationen und die Unruhen in Tibet beweisen.

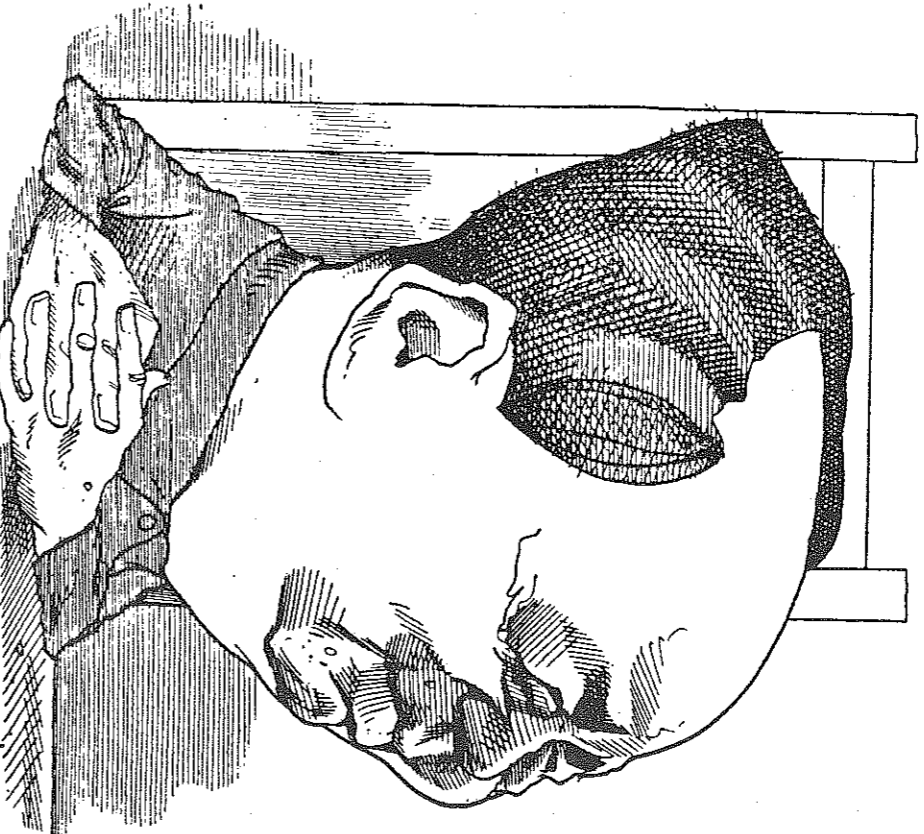
Allerdings herrscht in China keine Arbeiterdemokratie. Das Sagen in Gesellschaft und Produktion hat allein eine bürokratische Schicht von Parteifunktionären. China ist seit 1949 ein Einparteiensaat; im Gegensatz zur Sowjetunion, wo zumindest in den ersten Jahren nach 1917 eine Arbeiterdemokratie im Ansatz bestand und oppositionelle Parteien (außer den Faschisten) sich organisieren durften. Ähnlich den osteuropäischen Staaten nach dem 2. Weltkrieg sorgte die Rote Armee in China nach der Eroberung der Staatsmacht dafür, daß alle unabhängigen Organisationen - und vor allem die der

9-9,5 %. Wo gibt es solche Wachstumsraten heute noch in der kapitalistischen Welt? Aufgrunddessen haben sich die Lebensbedingungen der Chinesen kolossal verbessert.

Heute hungert niemand mehr in China. Jeder hat eine Wohnung, kann sich kleiden, seine Kinder zur Schule schicken und eine fast kostenlose medizinische Versorgung in Anspruch nehmen. Die allgemeine Lebenserwartung beträgt 70 Jahre, die Säuglingssterblichkeitsrate ist auf 2% gesenkt worden. 6 von 10 Mio. Bewohnern der Hauptstadt Beijing (Peking) besitzen ein Fahrrad. Bis Ende der 70er Jahre blieben die Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis und Schweinefleisch sowie für Waren des täglichen Bedarfs wie Baumwolle, Arzneimittel und Schreibpapier völlig stabil oder fielen sogar. Vor 1949 konnten nur 20 % der Bevölkerung lesen und schreiben; heute liegt die Zahl zwischen 75-95%. In den 9 Jahren zwischen 1978-1987 schlossen ca. 2,16 Mio. Studenten ein Universitätsstudium ab - gleich der Zahl aller Hochschulabsolventen in den 28 Jahren vor 1978!

Dritte Welt

Die Massen der 3. Welt sowie Latein- und Mittelamerikas, geplagt von Hunger, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Superinflation wähen froh, in den Schuhen der Chinesen stecken zu können.



Mao Tse Tung: Er ließ sich noch als der „Größte Führer aller Zeiten“ in alter sozialistischer Manier verherrlichen

Verglichen mit der Hölle, die das tägliche Leben in jenen Ländern bedeutet, ist China heute ein Land, das alle Grundbedürfnisse abdecken kann.

Allerdings bedeutet die Herrschaft eines abgehobenen bürokratischen Wasserkopfes über Produktion und Gesellschaft - ähnlich wie in der Sowjetunion -, daß ein hoher Preis für diesen Fortschritt bezahlt wurde: Die knapp 40-jährige Geschichte seit 1949 ist geradezu gekennzeichnet von plötzlichen Schwankungen der Bürokratie, je nach dem, welcher Flügel gerade vorherrscht. Die Herrschaft einer nicht demokratisch gewählten Elite über eine moderne Wirtschaft führt unweigerlich zu Verschwendung, Korruption, Mißplanung und letztlich zu Verzerrungen in der wirtschaftlichen Entwicklung. Diese fördern wiederum überstürzte Reaktionen der Bürokratie heraus, die versucht, zwischen dem Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auszugleichen. Ohne das bewußte Eingreifen der Arbeiter und Verbraucher in die Produktion handelt die Bürokratie weit weg in den Parteizentralen vom grünen Tisch aus, plant an den wirklichen Bedürfnissen vorbei und - ohne die demokratische Kontrolle der Mehrheit - wirtschaftet in die eigene Tasche.

Das zeigt sich sehr kraß in einem riesigen Land wie China mit 400 Mio. Erwerbstätigen und einem Binnenmarkt, der über eine Milliarde Menschen umfaßt. Dies erklärt die Tatsache, daß es seit 1949 immer wieder starke Ausschläge der Bürokratie, ja regelrechte Machtkämpfe zwischen den Fraktionen gegeben hat - von Maos "großem Sprung nach vorn" (1958-60) über die sogenannte „Kulturrevolution" (1966-76) bis hin zur Reformpolitik Deng Xiaopings (seit 1978/9) und zu den Säuberungen der letzten 2-3 Jahre.

Grad der Entwicklung

Nach Maos Tod 1976 machte sich sein einstiger Widersacher, Deng Xiaoping, daran, die politische Macht an sich zu reißen. Nachdem er die führenden Militärs Maos, die „Vierbande", um Maos Witwe, kalgestellt hatte, mußte er Maßnahmen ergreifen, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

Heute - wie vor 10 Jahren - hat China immer noch eine überwiegend landwirtschaftliche Struktur. 80 % der Bevölkerung leben und arbeiten heute auf dem Land; und auch wenn sie nicht unmittelbar in der Agrarproduktion beschäftigt sind, arbeiten sie in Klein- und Kleinstbetrieben, die im Dorf angesiedelt sind. Dies zeigt letztlich den Grad der gesellschaftlichen Entwick-

mer noch die Infrastruktur, z.B. Eisenbahnstrecken, die zur industriellen Erschließung eines Rieslandes wie China nötig sind.

Zwischen 1949 und 1979 konnte die Industrieproduktion um das 80fache gesteigert werden. Nicht nur in den Bereichen Energie, Eisen, Stahl und Kohle, sondern auch bei Zement, Traktoren, LKWs, Düngemittel und Getreide konnte die Produktion im selben Zeitraum enorm ausgebaut werden. Diese Tatsachen zeigen die Überlegenheit der Planwirtschaft gegenüber der kapitalistischen Produktionsweise. Jetzt geht es darum, die Menschen, die nunmehr ausreichend mit Essen, Wohnraum, Kleidung, etc. versorgt sind, mit modernen Konsumgütern zu versorgen, z.B. Waschmaschine, Elektroherd, Fernseher, Kühlschrank, etc. In der Sowjetunion ist mittlerweile fast jeder Haushalt mit diesen Geräten ausgestattet, in China noch längst nicht.

Um diese Aufgabe zu erfüllen, wäre die aktive Teilnahme der Arbeiter und Verbraucher an Entscheidungsprozessen nötig gewesen, um das Angebot auf die Nachfrage und die Qualität auf die Wünsche der Verbraucher abzustimmen. Stattdessen stand eine riesige Zentralbürokratie der schnellen Weiterentwicklung der Industrie im Weg. So produzieren die Riesenbetriebe einfach weiter, gleichgültig ob die Waren noch gebraucht werden. Oft bleiben sie auch wegen ihrer schlechten Qualität unverkauft. Z.B. von 70 Mio. Uhren, die 1986 hergestellt wurden, waren 1987 immer

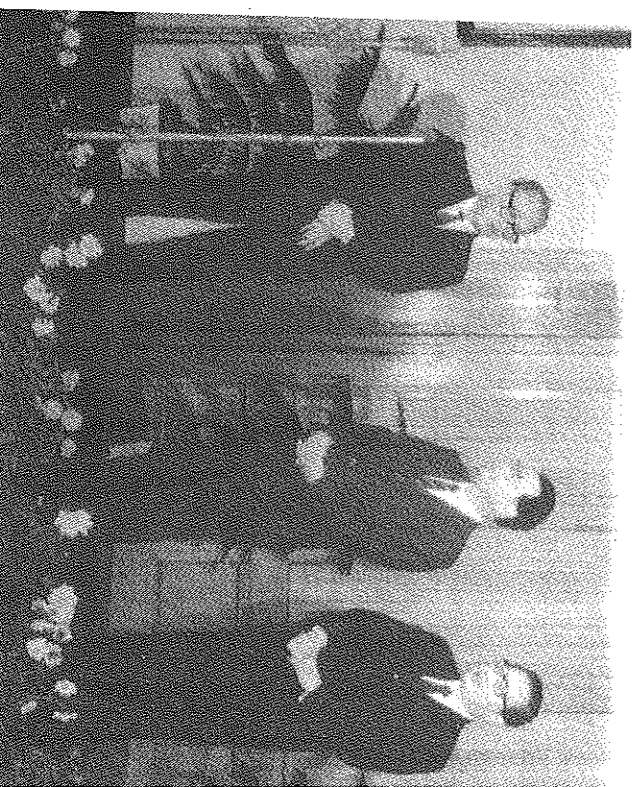
noch 35 Mio. unverkauft, v. Fahrrädern, die 1987 gebastet stapelten sich am Jahresende noch 10 Mio. in den Lager

Abhängigkeit vom

Statt die Arbeiter in Produktion Kontrolle der Produktion, versuche die Bürokratie Maos Tod die Probleme nur lösen, daß sie Fachkräfte, und Technologie aus dem Westen. Die verhängnisvollen Fe-Polink sehen wir in China riesiges Handelsdefizit von Dollar 1986 und eine Inflation ca. 14%. Waren, die von ein Verbrauchern gebraucht werden im Ausland gegen hart verkauft, die für die Tilgung bzw. Rückzahlung der Darlehen Banken benötigt werden müssen die kleinen Leut zahlen. Mit Arbeiterdemokratischer technologischer Unterstützung der Sowjetunion hätte man es viel schneller in den Griff können.

Innenpolitisch versuchte Wirtschaft anzukurbeln, in der der starken Zentralisierung e Mao-Jahre die Entscheidungswortung in Produktion und schaft dezentralisierte. Desh in den letzten Jahren den B tern ein weitgehender Entmisspielraum eingeräumt. Sie di Produktionspalette, Preise, onspaltung und schließlich in nen entscheidend, und sie dü einen großen Teil des Gewinn und darüber verfügen. Dieses auch für Großbetriebe wie „Automobilwerk Nr. 1“ mit 1 beitem. Privatunternehmer d zu ca. 100 Personen beschäfi sich entsprechend daran berei ne Parole in der Vergangenheit gar. Arbeitet und werde: reich nichts Neues. 1923 rief Buchar in Sinne Stalins - im Rahmen en Ökonomischen Politik die auf: sich zu bereichern. Als Fol entwickelte sich eine neue Gr besitzerschicht, die bald zu e sten Bedrohung für die herrsch rokratie wurde. So sah sich S zwingen, eine 180-Grad-W vollziehen: Zwangskollektivier auf: Die politischen schaftlichen Folgen waren ver In der Tat gibt es inzwischen Einkommensunterschiede in C nige haben es tatsächlich zu N ren gebracht; z.B. „verdient“ temnehmerin mit acht Betrieb 1.000 Arbeitern 20 mal mehr Beschäftigten.

Im Rahmen dieser Maßnahmen fen die Löhne an die Arbeits angepaßt werden. Schließlich s die Konkurrenz zwischen den B zwecks Qualitäts- und Produkt steigerung ankurbeln. Rohsto Maschinen müssen zu den ma chen Preisen gekauft werden; Kapitalismus läßt sich da am bei den Löhnen kürzen. Sola Nachfrage wächst, was noch c ist, können die Arbeiter sogar



Kapitalismus?

Zuschläge ihren Grundlohn aufbeseren. Bislang stiegen auch generell die Löhne, aber sobald eine Marktsättigung eintritt, werden die Löhne (wie im Ostblock) gekürzt und Entlassungen unvermeidlich werden.

Banken und Börsen im Sozialismus?

Eine finanzpolitische Maßnahme hat in der westlichen Presse für viel Wirbel gesorgt. Da ist von „Börsen“ und Banken die Rede. Es handelt sich hierbei um Mittel, zusätzliches Kapital aus privaten Ersparnissen aufzubringen, weil aufgrund des hohen Haushaltsdefizits kein Geld in der Staatskasse ist. Eine Anleihe (keine Aktie) wird zu einem bestimmten Wert verkauft und ein paar Jahre später zum selben Wert plus einem geringen Zinssatz zurückgezahlt. Es gibt solche regional begrenzte „Börsen“ in 26 Städten – auch eine Art „Dezentralisierung“ der Finanzen.

Auf dem Land wurden die Produktionsseinheiten stark verkleinert, bis sie heute nur einige Familien umfassen, die ihr eigenes Stück Land vom Staat pach-

zwenig Schweine gezüchtet wurden, weil es zuviel koset und seit Ende 1987 das Schweinefleisch rationiert werden muß. 1987 mußten sogar zum ersten Mal größere Mengen Weizen aus den USA importiert werden, obwohl China eigentlich schon längst Selbstversorger geworden war.

Die Gefahr der „Öffnung zum Westen“ besteht in der finanziellen Abhängigkeit Chinas vom Westen. Irge wann wird die Rechnung bezahlt werden müssen, spätestens beim Eintritt der nächsten Rezession, wenn die verschuldeten westlichen Länder sich auf ihre Schuldner besinnen werden.

Die Bürokratie ist gespalten. Die verschiedenen Flügel – egal wie sie sich nennen – sind letztlich Vertreter unterschiedlicher Machtinteressen. Generell wollen die sogenannten „Konservativen“ den Einfluß des staatlichen Sektors beibehalten bzw. ausbauen, weil sie da ihre Posten und Privilegien haben. Der Beschluß des Parteizentrals, Partei und Regierungsgämi zu trennen, zielt hauptsächlich auf diesen Funktionskreis ab und hat nur scheinbar etwas mit „Demokratisierung“ zu tun. Ihre

Bürokratie zu suchen oder den Parteitag als eindeutigen Sieg der „Reformer“-Linie anzusehen. Wie Gorbatschow werden Deng bzw. Zhao versuchen, zwischen den beiden Flügeln zu vermitteln und zu verhindern, daß einer sich auf Kosten des anderen durchsetzt. Das ist die Essenz der stalinistischen Herrschaft, die von ständigen Zickzacks und Widersprüchlichkeiten geprägt ist. Nur so können die ständigen Säuberungen und Kurswechsel der chinesischen Bürokratie verstanden werden. Man denke an die kurzfristigen Austausch einiger führender Köpfe infolge der Studenten-demonstrationen Anfang 1987.

In absehbarer Zeit wird es wiederum nötig sein, gegen den sogenannten „Reformflügel“ vorzugehen. Denn wenn der jetzige Kurs weitergeführt wird, werden Inflation, Entlassungen, Lohnkürzungen, Chaos im Privatssektor und in der Landwirtschaft die Folgen sein. Das wird soziale Unruhen unter den Arbeitern und Bauern hervorrufen, wie wir sie z.Zt. z.B. in Rumänien, Jugoslawien und anderen Ostblockstaaten sehen. Noch ein Problem könnte die rapide anwachsende Zahl der neuereichen Bauern und Unternehmer werden. Sie könnten den Grund darstellen, den Privatbesitz wieder einzuschränken und die Kontrolle in den Betrieben wieder in den Händen der Partei und Regierung zu zentralisieren. Aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sind also Machtkämpfe innerhalb der Bürokratie in den nächsten Jahren vorprogrammiert.

Wird China wieder kapitalistisch?

Trotz allem sollten die wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht überbewertet werden. Auch wenn der private Sektor in der Landwirtschaft immerhin für 38 % der Produktion sorgt, so ist demgegenüber nur 1 % der Industrieproduktion in privater Hand. Schließlich ist die Industrieproduktion die Grundlage des gesellschaftlichen Reichtums. Die Schwerindustrie ist voll in staatlicher Hand und als Basis für die Weiterverarbeitung vieler Güter letztlich auch Garant dafür, daß es zur kapitalistischen Produktionsweise keine Rückkehr geben kann. Die Planwirtschaft ist die materielle Basis für die Herrschaft der Bürokratie. Allein aus diesem Grund kann es die Bürokratie sich nicht leisten, die Planwirtschaft aufzugeben. Eine Rückkehr zum Kapitalismus liegt also im Interesse weder der Bevölkerung noch der Bürokratie.

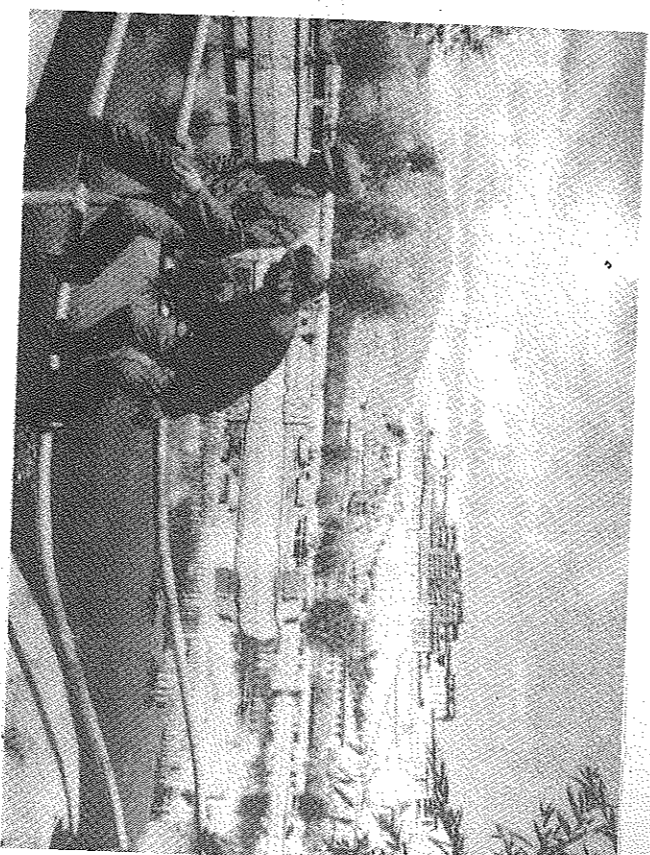
Der chinesische Markt ist noch längst nicht erschöpft, wie die hohen Wachstums- und Importraten zeigen. Solange

die Ausdehnung der Wirtschaft noch eine Steigerung des Lebensstandards der Arbeiter ermöglicht, ist nicht unmittelbar mit starken Widerstandsbewegungen gegen die Bürokratie zu rechnen. Aber eine Planwirtschaft braucht die Arbeiterdemokratie wie der menschliche Körper den Sauerstoff, um richtig zu funktionieren. Die ersten Probleme sind in China sichtbar. Je anspruchsvoller und komplizierter die Wirtschaft, desto mehr wird die Bürokratie die Entwicklung in jedem gesellschaftlichen Bereich bremsen. Ohne die demokratische Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter über die Produktion und Verteilung der Güter wird eine wesentliche Steigerung der Produktivität nicht mehr möglich sein.

Die Industrialisierung Chinas hat ein mächtiges Proletariat geschaffen, das in den Industriezentren zusammengeballt ist. Das riesige Stahlwerk Anshan im Nordosten Chinas beschäftigt z.B. 390.000 Arbeiter – dagegen sehen die Fordwerke in Köln mit ihren 25.000 Arbeitern wie eine kleine Klitschee aus! Die Arbeiter sind die einzige Kraft, die die Bürokratie entmachten kann – denn die Bürokratie wird zwar alles andere „reformieren“, nur sich selbst nicht „wegreformieren“! Eine zweite Revolution wird nötig sein: eine politische Revolution, die den Arbeitern und Bauern die politische Macht in Produktion und Gesellschaft sichert.

Revolution im Westen und Osten

Die Zerrüttung ganzer Industriezweige und die Bedrohung mächtiger Konzerne durch die Absatzkrise im Westen hat soziale und politische Folgen, die auch für die Bürokratie in den Ostblockländern und in China schließlich höchst gefährlich sein werden.



So „friedlich“ wie dieses Foto uns weismachen will war die Mission der chinesischen Truppen in Tibet keineswegs!

Chinesische Bürokratie kam Probleme Tibets nicht lösen!

Tibet, die größte autonome Provinz Chinas, liegt im Westen an der Grenze zu Indien, Nepal, Bhutan und Burma. Das Gebiet war schon immer eines der reichersten Gebiete Chinas und hat immer noch sehr wenig Industrie. Das Land ist sehr dünn besiedelt und verdient hauptsächlich am Tourismus, aber mittlerweile auch an der Getreideproduktion.

Die Unruhen, die am 1. Oktober 87 in der Hauptstadt Lhasa ausbrachen, deuten auf eine instabile Zukunft hin. Die Demonstrationen wurden von buddhistischen Mönchen („Lamas“) unter nationalistischen Parolen angeführt und richteten sich in erster Linie gegen Organe der zentralen Staatsmacht, z.B. die Polizeistation.

Um sie Ursachen der Unzufriedenheit verstehen zu können, muß man in die Geschichte Tibets zurückgehen. Vor 1949 war Tibet ein sehr armes Land mit mittelalterlichen Eigentums- und Herrschaftsstrukturen. Im 19. Jahrhundert geriet Tibet unter chinesische Kontrolle, wurde jedoch nach Gründung der bürgerlichen Republik in China 1911 weitgehend unabhängig. Bis zur Revolution 1949

ändert. Jede religiöse, kulturelle oder nationale Bewegung hat ihre Wurzeln in handfesten materiellen Interessen; bei den buddhistischen Lamas waren es die der Großgrundbesitzer und der Nachkommen der alten Stammesführer. Erst der Einmarsch der Roten Armee beendete das brutale, feudalistische System und übergab das Land den Bauern bzw. dem Staat.

Lange Zeit wurde Tibet jedoch von der Zentralregierung vernachlässigt, außer wenn es darum ging, wie 1959 einen nationalen „Aufstand“ gewalttätig zu zerschlagen. Tausende frohen mit dem Dalai Lama ins Ausland, um der Unterdrückung zu entkommen. Während der Kulturrevolution wurden viele buddhistische Tempel mutwillig zerstört. Auch wenn die Zentralregierung seither Tibet wirtschaftlich massiv gefördert hat und so den Lebensstandard angehoben hat – auch wenn die Religionsausübung heute viel lockerer gehandhabt wird – bleibt der Buddhismus für die Tibetaner untrennbar verbunden mit ihrer nationalen und kulturellen Identität.

In vielen sich sozialistisch nennenden Ländern gibt es nationale Probleme, man denke nur an Jugoslawen. Eine harmonische und gleichberechtigte Entwicklung aller Völker, die in einem Staatsgebiet leben, setzt die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse voraus, und genau dies können die herrschenden Bürokratien nicht gewährleisten.

Marxisten treten für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker ein und tun, sich von einem Staat unabhängig zu machen, wenn es von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht wird. Auf der Grundlage der Planwirtschaft und Arbeiterdemokratie können die Hauptnationen den nationalen Mindeheiten die Vorteile der wirtschaftlichen Zusammenarbeit anbieten – auf völlig freiwilliger Basis und unter voll-



... Deng Xiaoping vertritt die Interessen der Bürokratie lieber aus dem Hintergrund.

en und anbauen dürfen. Es soll sogar schon Privatbesitz an Grundstücken geben. Eine Auswirkung dieser Politik ist, daß Investitionen im größeren Stil ehen, der Boden nicht ausreichend gedüngt bzw. bewässert wird und die Bauern überwiegend zum Anbau von „cash crops“ übergegangen sind (d.h. Produkte, die auf den internationalen Märkten gegen Devisen verkauft werden können). Eine Folge ist z.B., daß

„Hausmacht“ soll damit beschritten werden. Die „Reformer“ jedoch sehen die Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft und hoffen, eher in den Kreisen der Neureichen ihre soziale Basis zu festigen. Aber es ist eine ständige Gratwanderung, die letztlich immer irgendeine gesellschaftliche Gruppierung trifft und spätestens dann kommt der Gegen-schlag. So wurde z.B. im letzten Jahr das Tempo der „Liberalisierungsmaßnahmen“ abgeschwächt, weil die Konjunktur mitsamt Inflation zu überhitzten drohte. Das im Westen vielzitierte „Bankrottgesetz“, das die Schließung verunsichernder Firmen und die Entlassung der Arbeiter vorsieht, wurde vorläufig aufs Eis gelegt. Die Bürokratie hatte letztlich Angst vor der Reaktion der Arbeiter, die Vollbeschäftigung als ein Grundrecht betrachten. Die Regierung hat sogar die Subventionen an verlustmachende Firmen erhöht: 1985 wurden 13 % solcher Firmen vom Staat „gerettet“, 1987 waren es sogar 20 %.

XIII. Parteitag der KPCh

Der XIII. Parteitag war eine vorsichtige Bestätigung der bisherigen Wirtschaftspolitik. Zwar hat der profilierte „Reformer“ Deng Xiaoping sich aus allen Partei- und Regierungsgämi zurückgezogen, aber sein Schützling Zhao Ziyang ist Generalsekretär geworden. Ein Austausch der führenden Persönlichkeiten hat zwar stattgefunden, aber es ist damit zu rechnen, daß Deng als



Massenproteste in Gaza und Westbank

Die von Israel besetzten Gebiete West Bank und der Gaza-Streifen erleben den größten Ausbruch an Opposition seit 1967. Über 30 Palästinenser wurden von der israelischen Armee getötet, Dutzende verletzt und Hunderte verhaftet.

Zwar wurden die Protestaktionen hauptsächlich von Jugendlichen getragen, aber zum ersten Mal unterstützte die Mehrheit der arabischen Bevölkerung die Proteste. Zeitweilig gab es kaum eine Stadt oder ein Flüchtlingslager, in dem sich nicht Szenen bittersten Protestes abspielten. Im Dezember gab es einen eintägigen Generalstreik der Araber in Israel, aus Solidarität mit den in den besetzten Gebieten lebenden Menschen. Für Mitte Januar war zu einem 3-tägigen Generalstreik in Ost-Jerusalem, West Bank und Gaza aufgerufen worden, der das öffentliche Leben weitgehend lahmlegte.

Der Hintergrund für den jetzigen ererbten Widerstand gegen die seit 20 Jahren andauernde Besetzung ist die Politik der Israelis, jegliche wirtschaftliche Aktivität in diesen Gebieten zu unterdrücken. 30% des verfügbaren Landes im Gaza-Streifen wurden für 25000 Israelis konfisziert, während 630.000 Palästinenser auf dem



Die Palästinenser, besonders die Jugendlichen, sind nicht mehr bereit, ihre miserable Lage länger stillschweigend hinzunehmen.

restlichen Gebiet zusammengepfercht leben. Mehr als die Hälfte des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens der Westbank wurde entweder für militärische Zwecke oder für die 65.000 jüdischen Siedler beschlagnahmt, eine kleine Minderheit unter 850.000 Arabern.

Die wirtschaftliche Entwicklung der besetzten Gebiete wird von den Israelis absichtlich niedergedrückt, um so einerseits einen freien Markt für israelische Waren zu haben und andererseits als Quelle für billige Arbeitskräfte. Zehntausende begeben sich taglich nach Israel, um die schlech-

tzahlteste, dreckigste Arbeit zu verrichten, ohne Pensionsberechtigung oder gewerkschaftlichen Schutz.

Die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage in Israel und die Krise der Öl-Industrie bedeuten für die Palästinenser steigende Arbeitslosigkeit - besonders unter den Jugendlichen. All dies führte zu wachsender Unzufriedenheit. Die weitsichigeren Teile der israelischen herrschenden Klasse sehen schon jetzt deutlich, was auf sie zukommen wird: Die Kosten der Besetzung steigen, in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Auf lange Sicht wird sie unhaltbar sein. Hinzu kommt: Um die Jahrhundertwende wird die arabische Bevölkerung in Israel und den besetzten Gebieten die Mehrheit haben.

Massenbewegung

Wie Marxisten schon in der Vergangenheit erklärt haben: In den besetzten Gebieten erreichen Massenbewegungen in wenigen Tagen mehr als Jahrzehnte individuellen Terrors, wie er von den verschiedenen Flügeln der PLO unterstützt wird. Schon jetzt herrscht bei vielen jungen Israelis tiefes Unbehagen darüber: ihren Militärdienst in den besetzten Gebieten ableisten zu müssen. Als Folge der jetzigen Unruhen wird sich die Opposition dagegen verstärken - bis hin zu Kriegsdienstverweigerung.

In Israel herrschen, selbst unter den Linken, viele Illusionen darüber, daß

die Frage der besetzten Gebiete durch eine Friedenskonferenz zwischen Israel und Jordanien, den USA und möglicherweise Repräsentanten der PLO gelöst werden könnte. Jedoch: Schlüssel zum Frieden liegt nicht der Hand diplomatischer Vertreter des Imperialismus, die noch nie Politik im Interesse der palästinenschen Massen herbeigeführt haben liegt in der Hand der Arbeiterklasse Israels und Palästinas.

Die Zukunft der Arbeiter in den Gebieten, Juden oder Araber, ist eng miteinander verknüpft. Es kann für einen keinen Frieden geben ohne deren. In der nächsten Zeit wird Arbeiterbewegung eine wachsende Rolle spielen, sowohl in der israelischen als auch in der palästinensischen Politik. Und genau darin liegt die zuge Lösung für die nationalen Konflikte. Enorme wirtschaftliche Schocks liegen vor uns. Sie werden Arbeiter, als Klasse, zwingen, ihr Lebensunterhalt und ihre Lebenschancen zu verteidigen.

Als Marxisten stützen wir uns die gemeinsamen Interessen und den gemeinsamen Kampf der jüdischen und der arabischen Arbeiter für den Sturz des Kapitalismus in Israel, Jordanien und für die Errichtung einer sozialistischen Föderation der Staaten des Nahens Ostens.

John Pickard (aus: MILITANT, eine historische marxistische Wochenzeitung)

Südkorea Oppositionsführer Verschonten den Wahlsieg

Die erste „Freie“ Präsidentenwahl der letzten 16 Jahre am 16. Dezember 1987 gewann Roh Tae Woo, Kandidat der regierenden Militärs und der Bourgeoisie mit knapp über 36% der Stimmen.

Dieser Sieg der Militärs war möglich wegen des Verhaltens der Oppositionsführer Kim Dae Jung und Kim Jong Sam. Sie konnten sich nicht einigen, nur einen Kandidaten für die Opposition aufzustellen. So konnten die 54% der Stimmen, die sie zusammen erhielten, nicht zur Ablösung der Militärregierung genutzt werden.

Die Bourgeoisie und das regierende Militär haben alle Mittel - bis hin zu Wahlfälschungen - angewendet, um ihren Kandidat Roh zum Sieg zu verhelfen. Der ganze Staatsapparat wurde in den Gang gesetzt. Soldaten, Polizisten, Beamte und Staatsangestellte erhielten den Befehl, Roh zu wählen! Beschäftigte im öffentlichen Dienst wurden auf Stimmengang geschickt; sie besuchten Millionen von Haushalten und versuchten mit Geld oder durch Einschüchterung ganze Familien in die Partei Rohs aufzunehmen. Und trotzdem hätte die Opposition die Wahl hoch gewonnen, wenn sie mit einem einzigen Kandidat angetreten wäre.

Für die südkoreanische Bevölkerung ist das Wahlergebnis zuerst ein Schock, einfach unfaßbar gewesen. Monatlang hatten Arbeiter und Studenten Massenstreiks und Demonstrationen durchgeführt und mit Erfolg 2/3 der Wähler gegen die Militärregierung mobilisiert und dennoch gingen die Wahlen verloren. Danach richtete sich ihre ganze Wut und Ent-

täuschung gegen die Oppositionsführer, die die Interessen der Arbeiterklasse ihrer persönlichen Macht suchte geopfert haben.

Keine Stabilität

In den Augen der Arbeiter und Studenten tragen sie die volle Verantwortung für die Wahlmiederlage. Aus diesem Grund sind auch die Proteste gegen die Wahlfälschung gering ausgefallen. Roh, der neue Präsident, hat aber keinen Grund, sich zu freuen. Einerseits muß er im Interesse der Kapitalisten für „Ruhe und Ordnung“ sorgen und hohe Profite garantieren, andererseits stehen nach wie vor die Forderungen der Arbeiterklasse nach höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen und Zulassung freier Gewerkschaften auf der Tagesordnung. Im letzten Jahr haben sich die Arbeiter durch die Streikwelle im Sommer eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 20% erkämpft. Bei einem relativ hohen Wirtschaftswachstum von über 11% konnten die Kapitalisten das verkräften. Dieses Wachstum ist aber in erster Linie über den Export erreicht worden. Die Elektroindustrie erreichte einen Exportzuwachs von 51%, die Automobilindustrie sogar von 73% (bei einer Produktionssteigerung um 63%). Diese Exportabhängigkeit ist aber auch der schwächste Punkt der koreanischen Industrie. 40% der koreanischen Exporte gehen in die USA. Die kommende Rezession in den USA und weltweit wird jäh den Exportboom beenden. Nicht zuletzt die steigende Inflation - im letzten Jahr über 5% - wird die Arbeiterklasse zwingen, noch höhere Lohnforderungen als im

Sommer 1987 (40-50%) zu stellen. Unter diesen Bedingungen wird Roh kaum einer stabilen Regierung vorstehen können. Er wird unter den Druck einer starken und selbstbewußt gewordenen Arbeiterklasse geraten. Die Wünsche der Bourgeoisie nach höheren Profiten und härterer Gangart der Arbeiterklasse gegenüber wird er auch kaum voll erfüllen können. Nicht einmal das Olympiaspektakel 1988 in Seoul wird ihm eine längere Atempause bringen.

Arbeiterpartei nötig

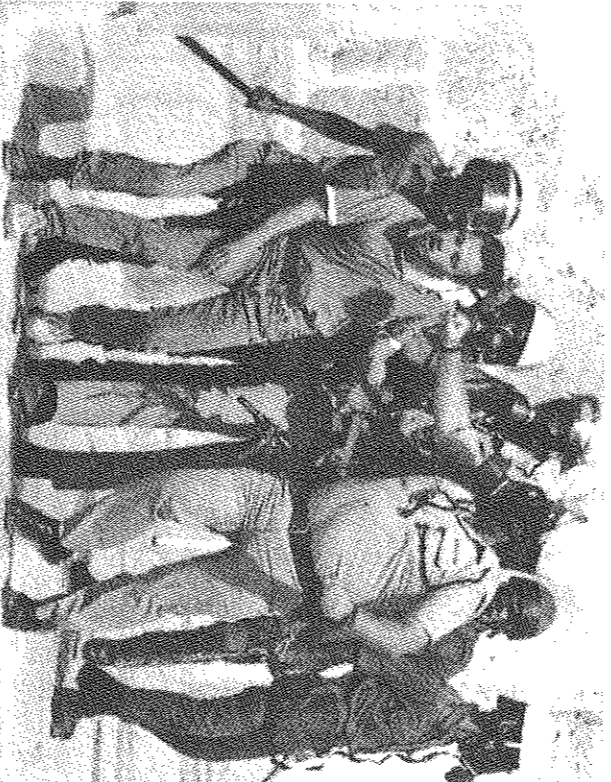
Die Massenstreiks im Sommer 87 haben die Situation in Südkorea nachhaltig geändert. Die Arbeiterklasse hat ihre Kraft erlebt und was sie bewirken kann. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sie diese Kraft im Frühjahr wieder einsetzen, wenn die Lohnverhandlungen anstehen.

Es hat sich gezeigt, daß die Arbeiterklasse keine eigene Partei und keinen eigenen Kandidaten gehabt hat. Sie wurde dadurch gezwungen, in ihrem Kampf gegen das Militärregime die bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen. Deren Verrat lehrt die frische und dynamische Arbeiterklasse Südkoreas, daß auf bürgerliche Politiker kein Verlaß ist. Die erste Reaktion war die Forderung an die beiden Kims, zurückzutreten.

Der Rücktritt der führenden Oppositionspolitiker alleine genügt aber nicht. Deren Ersatz durch andere bürgerliche Politiker mit bürgerlichen Programmen würde keine nennenswerte Änderung bringen. Nötig ist eine Arbeiterpartei mit einem klaren sozialistischen Programm. Eine solche Partei hätte allein auf der Grundlage der 17 Mio. Arbeiter, die an den Streiks teilnahmen, einen eindrucksvollen Sieg erringen können. Die Zeit von Juli bis Dezember war leider zu kurz, um eine Arbeiterpartei aufbauen zu können. Außerdem waren noch viele Illusionen in die bürgerliche Opposition vorhanden.

Jetzt ist der Aufbau einer eigenen Partei die dringende Aufgabe der Arbeiterklasse. Die Möglichkeiten sind günstig. Betriebliche Organisationen, vor allem in den großen Betrieben, sind entstanden. Zusammengelaßt in einer Gewerkschaft auf nationaler Ebene würden sie das Rückgrat der Partei sein. Daß die südkoreanischen Arbeiter zu kämpfen bereit sind, haben sie den ganzen Sommer über bewiesen. Mit eigener Partei und einem sozialistischen Programm hätten sie die Chance, die Parlamentswahlen in diesem Frühjahr zu gewinnen.

Gaetan Kayitare, Aachen
Jungsozialist



Mit strikter Zensur, Verbot der demokratischen Rechte und brutalen Militäreinsätzen versucht Israel, der Massenbewegung Herr zu werden.

Internationale Notizen



Chile

Im Dezember demonstrierten 200.000 Menschen in Santiago für ein Ende der Pinochet-Diktatur. Vorher war es den Studenten nach einem 70tägigen Streik gelungen, die Ernennung eines von der Regierung ausgewählten Direktors zu verhindern. Das war die größte Niederlage des diktatorischen Regimes seit der Machtübernahme 1973.

Großbritannien

Weil ihnen die Nacht- und Feiertagszuschläge gestrichen werden sollen, traten - zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte - die Krankenschwestern in den Streik. Sie gehören zu den schlechtbezahltesten Beschäftigten im Lande.

Griechenland

Der griechische Gewerkschaftskongress GSEE rief am 13.1. zu einem eintägigen Generalstreik auf, der am 28. Januar stattfinden soll. Lohnverhandlungen mit den Unternehmern im privaten Sektor waren gescheitert. Zwar hatten die Unternehmer Lohnserhöhungen von mindestens 10% über den von der „sozialisti-

schen“ Regierung festgesetzten Lohnleitlinien angeboten. Die Gewerkschaften forderten jedoch zusätzlich eine Ausgleichszahlung für Januar von 12-14%, um frühere Lohnverluste auszugleichen. Auch hatten die Unternehmer gefordert, daß das seit 1981 geltende System der an den Lebenshaltungsindeks gebundenen Löhne aufgegeben würde, womit sich die Gewerkschaften nicht einverstanden erklärten.

Die im GSEE zusammengesetzten sozialistischen Gewerkschaften hatten bisher alle das Sparprogramm der Papan-dreu-Regierung loyal mitgetragen.

Kanada

Ein schon seit über einem Monat andauernder Streik von 69 Mitgliedern der kanadischen Gram - Workers - Gewerkschaft legte die dritte-öfliche Verladestation für Getreide völlig lahm. Die Station ist hochgradig automatisiert. Die Arbeiter wehren sich dagegen, daß nicht-gewerkschaftlich organisierte Kontrolleure in ihrem Betrieb eingesetzt werden sollen.



Wären sich die beiden Kims im Interesse der philippinischen Arbeiterklasse doch auch so einig gewesen wie hier in Ihrem persönlichen „Publicity“-Interesse!

Ostblock

Umgestaltung muß durch die Arbeiter selbst erfolgen

Seit bald drei Jahren ist Gorbatschow der mächtigste Mann in der Sowjetunion. Seit bald drei Jahren gibt es im ganzen Land, in den Medien und auf Parteiversammlungen nur ein Thema: Perestroika (Umgestaltung) und Glasnost (Offenheit). Beides soll dazu dienen, den Ablauf der wirtschaftlichen Prozesse reibungsloser zu gestalten und so höhere Wachstumsraten und wirtschaftliche Weiterentwicklung zu sichern.

Aufgrund der Planwirtschaft entwickelte sich die Sowjetunion aus einem rückständigen Agrarland zur Weltmacht Nr. 2. Im Verlauf dieser gesamten Entwicklung wurde die Sowjetwirtschaft immer komplexer. Die Bürokratie, die seit der Festigung der Macht Stalins in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zu einem festen Bestandteil der Gesellschaft wurde, entwickelte sich von einem relativen Hindernis zu einer absoluten Fessel bei der Entwicklung der Produktivkräfte.

Eine Planwirtschaft braucht zu ihrer Kontrolle eine echte Arbeiterdemokratie, um Fehlplanungen und Fehlerkorrekturen zu verhindern bzw. zu korrigieren. Wie sieht es mit dieser Arbeiterdemokratie in der Sowjetunion heute? Die Antwort darauf gibt uns Boris Jelzin, bis November 87 Mitglied im Zentralkomitee sowie Stadtparteichef von Moskau und energischer Befürworter von Glasnost: „Lange Jahre wurden die Büros vieler Leitungsorgane nach dem falschen Prinzip zusammengesetzt: Da es sich um ein Kollektiv von Gleichgesinnten handelt, haben sie so zu denken und so zu sprechen, wie der Vorsitzende in der Sitzung. (...) Der Leitende gibt nicht den

Ton an, sondern diktiert. Die Anwesenden schweigen sich entweder aus oder sagen Ja und Amen. (...) Ich sehe mitunter, wie schwer die Hand hochgeht, wenn ein Genosse etwas einzuwenden hat.“ (B. Jelzin, 1987) Im November 87 verlor Jelzin seinen Sitz im ZK sowie sein Amt als Stadtparteichef und wurde auf einen Posten im Bauministerium abgeschoben, weil er im ZK führenden Funktionären ihre Privilegien, „Mangel an revolutionärer Courage“ und „Sabotage der Reformen“ vorgeworfen hatte. Auch Jelzins Hand wird nun in Zukunft wieder schwerer hochgehen, falls er noch mal etwas einzuwenden hat.

Diese Diskussion in der Sowjetunion hat auch ihre Auswirkungen auf die „sozialistischen Bruderstaaten“, die mit dem großen Bruder ja zumindest eins gemeinsam haben: eine herrschende bürokratische Clique, die inzwischen das größte Hindernis für die wirtschaftliche Weiterentwicklung in allen Ostblock-Staaten geworden ist.

Die jüngsten Ereignisse in einigen Ländern geben deutliche Hinweise darauf, was passiert, wenn Reformen im Sinne Gorbatschows durchgeführt werden oder auch darauf, was geschieht, wenn nichts geschieht.

„Kritik ist doch eine gute Sache. Merke dir den Kerl!“

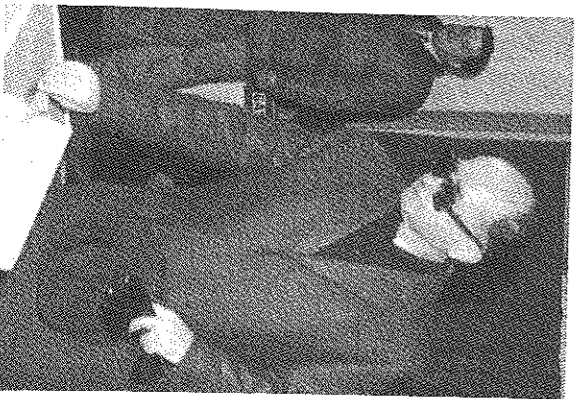


Polen

In den vergangenen Jahren wurde in Polen kein einziges der Probleme auftrat und zur Gründung der Gewerkschaft „Solidarität“ geführt haben. An der wirtschaftlichen Misere hat sich nichts geändert, die Versorgung mit Wohnungen, Nahrungsmitteln wie Fleisch, Milch und Medikamenten ist weiter katastrophal. Die Umweltschmutzung wird immer untragbarer. Die Oder ist z.B. streckenweise nur noch eine stinkende Jauchebrühe, in der deutlich sichtbare Exkremente treiben. Die Inflation liegt zwischen 20 und 25%, die Auslandsschulden betragen 36,6 Mrd. US-Dollar. Um weitere Kredite zu bekommen hat sich die polnische Regierung den Auflagen des Internationalen Währungsfonds unterworfen.

Die Bürokratie unter Führung von Jaruzelski hat erneut ihre Unfähigkeit bewiesen, die Wirtschaft weiterzuentwickeln. Neue Angriffe auf den ohnehin niedrigen Lebensstandard der polnischen Bevölkerung wurden aus seiner Sicht unumgänglich.

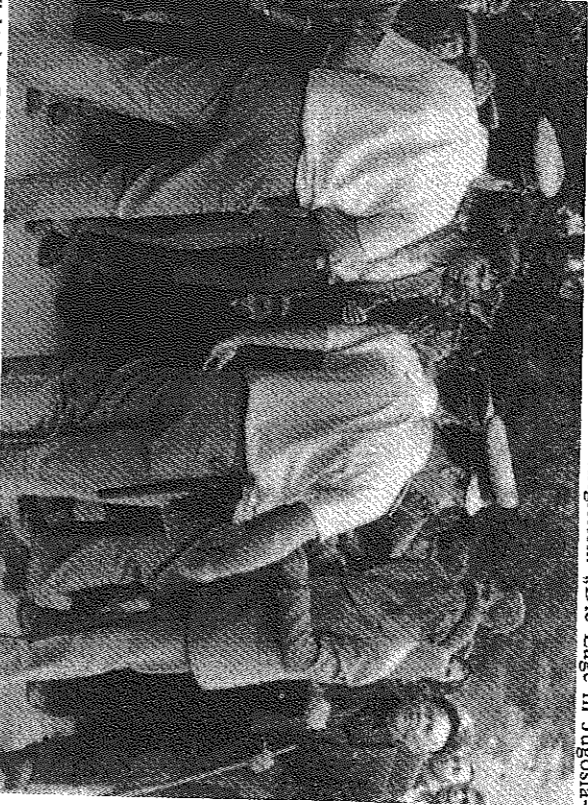
Diesmal wollte Jaruzelski schlauer sein als seine Vorgänger: Die Bevölkerung sollte in einem Referendum im November 1987 den von der Regierung im Zusammenhang mit einer Wirtschaftsreform geplanten Preiserhöhungen selbst zustimmen. Arbeiterschaft wie nach Preiserhöhungen in den Jahren 1970, 1976 und 1980 sollten verhindert werden. Die Preiserhöhungen sollten 110% bei Grundnahrungsmitteln sowie bis zu 200% bei Mieten, Energie, Fahrpreisen betragen und nur zum Teil über Lohnerhöhungen ausgeglichen werden.



Die Mehrheit der polnischen Bevölkerung war nicht bereit, wie hier Jaruzelski einer weiteren Wertschöpfung zuzustimmen.

Jugoslawien

Jugoslawien befindet sich auf einer ungebremsten wirtschaftlichen Talfahrt. Bei einer Einwohnerzahl von 23 Millionen gibt es 1,3 Millionen Arbeitslose, drei Viertel von ihnen sind jünger als 30 Jahre. In der Wirtschaft des Landes gibt es ein starkes Nord-Süd-Gefälle. In der Republik Kosovo, im armen Süden liegt die Arbeitslosigkeit bei 50%. Die Inflation betrug im November 87 170%, bei steigender Tendenz. 50% der Exporterlöse werden für den Schuldendienst gebraucht.



Nicht der Polizeieinsatz gegen nationale Unruhen wird die Situation im Vielvölkerstaat Jugoslawien verbessern.

Rumänien

Am 15. November 1987 erlebte Rumänien die größten Proteste seit 1947. An diesem Tag fanden Regionalwahlen statt. In mehreren Städten kam es dabei zu Unruhen. In der Kreisstadt Brasov (Kronstadt) stürzten 10.000 Arbeiter das Rathaus, verbrannten Bilder des Staatschefs Ceausescu. Sie riefen „Nieder mit Ceausescu“ und „Wir wollen Brot“ und plünderten die geheimen Warenlager der Bürokratie. Die reguläre Armee wurde eingesetzt, um den Aufstand niederzuschlagen. Nach diesem Tag ist es auch in anderen Städten zu einzelnen Protestkundgebungen gekommen.

Diese Unruhen und Demonstrationen der rumänischen Arbeiter markieren einen Wendepunkt in der rumänischen Nachkriegszeit. Die Unterdrückung jeglicher Opposition durch die Bürokratie ist in Rumänien im Vergleich zu allen anderen Ostblockländern am schärfsten. Z.B. darf man sich nicht einmal in einem anderen als dem eigenen Stadtteil frei bewegen. Rumänien ist das ärmste Land im Ostblock. Auch in diesem Winter muß ein Teil der Menschen hungern. Es gibt so gut wie kein Fleisch, keine Milch, kein Speiseöl, keine Butter und kaum Mehl. Für Brot müssen die Menschen stundenlang anstehen, manchmal ver-

den für den Schuldendienst gebraucht. Die staatliche jugoslawische Nachrichtenagentur meldet für 1987 1570 Streiks, an denen 365.000 Arbeiter beteiligt waren (1986: 851 Streiks mit 88.000 Beteiligten). Aus Angst vor noch größeren Unruhen gibt die Regierung meistens relativ schnell den Forderungen der streikenden Arbeiter nach.

Auf einer ZK-Sitzung sagte der Chef der slowenischen Parteiorganisation, Milan Kucan, das Land drohe der Kontrolle durch die Parteiführung zu entgleiten. „Die Lage in Jugosla-

wen ähnelt einem Bus, der die Straße hinunterst, ohne daß jemand am Steuer sitzt“, sagte Kucan. Der wirtschaftliche Niedergang führt zur Verstärkung nationalistischer Tendenzen im Vielvölkerstaat Jugoslawien. Das Land besteht aus sechs Teilrepubliken und zwei autonomen Provinzen. Die Spaltung der Gesellschaft entlang ethnischer Grenzen schreitet weiter fort. In der Armee wurden in den vergangenen Jahren 216 illegale Organisations der albanischen Minderheit aufgedeckt, von denen einige angeblich Waffen und Munition beiseite geschafft hatten.

Der Finanzskandal bei dem bosnischen Landwirtschaftskonzern „Agrokome“ hat das Ausmaß an Korruption und Verschwendung innerhalb der Bürokratie drastisch gezeigt. Der Konzern hatte ungedeckte Schecks über rund 1,8 Milliarden Mark in Umlauf gebracht. Am 1. Mai jeden Jahres ließen die Konzernbonzen in einer „Schau der Errungenschaften“ aus reiner Prunksucht den gesamten Fuhrpark und die Belegschaft in einer Parade vor sich aufmarschieren. Jeder Bewohner mußte an der Feier teilnehmen. Inzwischen laufen Ermittlungen gegen 200 Parteimitglieder. Der jugoslawische Vizepräsident Poldrac mußte zurücktreten.

Die bürgerliche Presse behauptet, die Arbeiterseilverwaltung habe versagt. Tatsächlich hat es in Jugoslawien nie eine echte Arbeiterselbstverwaltung, d.h. eine demokratische Verwaltung der gesamten Wirtschaft durch die Arbeiter gegeben.

Wegen Strom- und Energiemangels sind rigorose Sparmaßnahmen verordnet worden. Wohnungen und Büros dürfen auf nicht mehr als 14 Grad beheizt werden (bei Außentemperaturen bis 30 Grad minus). Pro Raum ist nur eine Glühbirne mit max. 40 Watt erlaubt. Überschreitet ein Stadtviertel den zulässigen Verbrauch, wird der Strom stundenweise im gesamten Viertel abgeschaltet. Das hat bereits einmal dazu geführt, daß Frühgeborene in einem Bukarester Krankenhaus in ihren Brunkästen erfroren sind. Inzwischen erleben die Rumänen den vierten „Ceausescu-Winter“.

Schuld an dieser katastrophalen Entwicklung ist die rumänische Bürokratie, an deren Spitze Ceausescu und sein gesamter Familienclan stehen. Ende der 60er Jahre befahl Ceausescu ein weit über die Möglichkeiten des Landes hinausgehendes Industrialisierungsprogramm. So wurde z.B. ein perestroichemischer Komplex zur Verarbeitung des einheimischen Erdöls mit einer Jahreskapazität von 36 Millionen Tonnen gebaut – dreimal so viel wie u.a. ausländischer Kredite wurden in den Bau neuer Kohlegruben investiert, die am Ende nur minderwertige Kohle förderten. Gleichzeitig wuchsen die Auslandsschulden bis Ende 1981 auf 10,5 Milliarden US-Dollar an. Ceausescu verordnete plötzlich ein

radikales Sparprogramm, um die Schulden möglichst schnell auf Null zurückzuführen. Die Verschuldung sank auf Kosten der rumänischen Bevölkerung dann auch auf 5,5 Milliarden US-Dollar Ende 1986. Nach den Unruhen von Brasov beschloß Ceausescu, die Rückzahlung der von der Weltbank für Wiederaufbau gewährten Kredite einzustellen.

Dieser neuerliche Schwank zeigt die Angst der Bürokratie vor den Aktionen der Arbeiter. An dem beispiellosen Personenkult um Ceausescu hat sich allerdings nichts geändert. Er läßt sich „Conducator“ (Führer) nennen und bei jeder Gelegenheit überaus herzlich feiern. Auf einer Parteikonferenz im Dezember 1987 wurde seine Rede 80 mal von Hochrufen der Parteidelégierten unterbrochen. Jede Art von Reformen lehnt Ceausescu strikt ab. Nachdem er die rumänischen Arbeiter immer unterdrückt und sie zuletzt in immer größere Armut getrieben hat, würde jede Lockerung des Wirbegriffs der Bürokratie wahrscheinlich den aufgestauten Haß gegen die Unterdrücker schlagartig freisetzen. So bleibt Ceausescu nichts anderes übrig, als die Schrauben auf dem Dampfkessel der rumänischen Arbeiterklasse noch fester anzuziehen. Allerdings: Je stärker der Druck, desto größer wird letztendlich die Explosion.

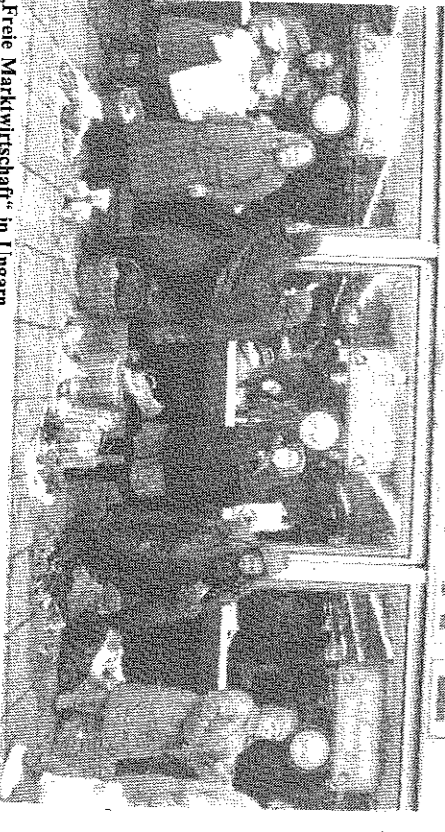
Ungarn

Viele der von Gorbatschow jetzt angestrebten Wirtschaftsreformen sind in Ungarn bereits seit einigen Jahren verwirklicht. Dazu gehören eine höhere Eigenverantwortung der einzelnen Betriebe, verstärkte Zulassung von privatem Kleingewerbe und Joint Ventures, d.h. Gemeinschaftsunternehmen, ungarischer Staatsbetriebe mit kapitalistischen Unternehmen aus dem Ausland.

Aber auch Ungarn steckt heute in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Ungarn hat heute die größte Pro-Kopf-Verschuldung aller Ostblockstaaten. Die Regierung hat ein Wirtschaftsprüfung verbunden mit einem Sparprogramm beschlossen. Dieses Programm sieht ausdrücklich keine Steigerung des Lebensstandards für die ungarische Bevölkerung bis zum Beginn des nächsten Jahrzehnts vor.

Gegenwärtig sinkt der Lebensstandard. Während die kapitalistischen Länder auf die schwerste Wirtschaftskrise

EUROPA



„Freie Marktwirtschaft“ in Ungarn.

schon Wirtschaft in ihre bürokratische geplante Wirtschaft einbauen. 1988 sollen für jeden käufliche Wertpapiere ausgegeben werden. Ca. 100 Unternehmen sollen in direkten Wettbewerb gegeneinander Außenhandel betreiben dürfen. Firmenerbschaften dürfen

Die kommende weltweite Rezession wird die Krise in den Ostblock-Ländern vertiefen. Reformen à la Gorbatschow haben höchstens aufschiebende Wirkung. Die Arbeiter in diesen Ländern werden neue Versuche unterneh-



Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und ...

„Die internationale revolutionäre Bewegung“, weil es besser.“

Reaktionen auf den Leserbrief „Stalin lebt und wird leben“ von Manfred Engelhardt, VORAN Nr. 96

Liebe Genossinnen und Genossen, dem abwegigen Versuch, Stalin als heldenhaften Revolutionär im Sinne von Marx, Engels und Lenin zu feiern, steht der Tod unzähliger Arbeiter, Bauern und aufrechter Sozialisten entgegen, die ihren Einsatz für die Ideen Lenins unter Stalin mit dem Leben bezahlten. Trotzki, Sinowjew und Kamenew: Diese Namen stehen für die Bolschewiki, die unter Lenins Führung den hervorragendsten Sieg der Arbeiterklasse über den Kapitalismus errangen und später vom Massenmörder Stalin nach erniedrigenden Prozessen hingerichtet wurden.

Man kann es noch so oft leugnen, und doch bleibt es wahr: Leo Trotzki war der wahre Erbe des Leninismus und wurde deshalb von einem der Killer Stalins kaltblütig ermordet. Wenn Manfred Engelhardt sagt: „Die junge Arbeiterklasse und die internationale revolutionäre Bewegung weiß es besser“, so kann ich ihm nur zustimmen. Daß die Arbeiter es wirklich besser wissen, haben sie am 17.6.53 beim Aufstand in der DDR und bei der Revolution der ungarischen Arbeiter 56 gezeigt, als sie die Stalin-Statue in Budapest zerrümmerten.

Lieber Genosse Manfred, mit Interesse habe ich Deinen Brief über Josef Stalin gelesen. Als Marxist glaube ich nicht, daß Personen die Geschichte machen, die Geschichte macht Personen. Aber was und wer war Stalin?

In seinen jungen Jahren kann man Stalin durchaus ein revolutionäres Bewußtsein zubilligen, wenn er auch schon damals zweifelhaft Rollen spielte (Überfälle etc.). Nach Lenins Tod aber verküppelte er die herrschende Bürokratschicht, die mit den politischen Errungenschaften der Revolution (z.B. Freiheit der Räte) erbarungslos Schlug machte. Viele Bolschewisten wurden umgebracht, unter anderem Leo Trotzki, das ist zweifellos erwiesen und wird auch von den „Erben“ Stalins, Gorbatschow und anderen, zugegeben. Ohne Stalin hätte die Sowjetmacht nicht gegen Hitler bestanden? Die sta-

Verkauf

Immer mehr Menschen denken grundsätzlich über Alternativen zum kapitalistischen Chaos nach. Sie suchen ein Organ, das konsequent für ihre Interessen kämpft und ein klares sozialistisches Programm vertritt. Viele Arbeiter und Jugendliche zeigen Interesse an den Positionen der Marxisten in der SPD, d.h. an VORAN. Deshalb: Verkauf VORAN weiter!

Nur ein paar Beispiele, was möglich ist: Bei vier Infostand-Aktionen in der Aachener Innenstadt verkauften aktive Jungsozialisten 42 Zeitungen. Ebenfalls in Aachen wollten 12 SPD-Mitglieder des Ortsvereins Ost die Zeitung haben. In Köln konnten in sehr kurzer Zeit 11 Zeitungen vor der Stadtbibliothek verkauft werden. Beim Fackelzug der Stahlarbeiter in Duisburg am 18.12.87 verkauften zwei Jungsozialisten ihr ganzes Kontingent, nämlich 69 VORAN-Faltblätter zum Stahlarbeiterkampf.

VORAN wird in vielen Orten an vielen Plätzen verkauft. Gebt Eure Erfahrungen weiter, schickt Berichte an die Redaktion!



linistische Politik hat Hitler erst ermöglicht! Stalin als Vertreter der Bürokratie entwickelte die Theorie vom „Sozialfaschismus“ (SPD als „Zwilling“ des Faschismus), die die dringend notwendige Einheitsfront von KPD und SPD ablehnte und die Sozialdemokratie zum Hauptfeind erklärte. Die Arbeiterklasse (auch viele Kommunisten) mußte dies teuer bezahlen!

Die Bürokratie fürchtet nichts so sehr wie einen gesunden demokratischen Arbeiterstaat, der der Arbeiterklasse Osteuropas ein Vorbild gibt, die Bürokratie zu stürzen und auf der Basis der Räteredemokratie und der demokratischen Planwirtschaft den Sozialismus aufzubauen! Deshalb ist die Bürokratie konterrevolutionär, nicht diejenigen, die sich „unbeugsam und konsequent“ für den Sozialismus einsetzen und den Stalinismus bekämpfen.

Manfred, lies einmal „Verrätene Revolution“ und/oder „Stalin“ von Leo Trotzki (über die Redaktion zu beziehen), und überdenke Deine Position zu Stalin. „KÜHNHEIT, KÜHNHEIT und abemals KÜHNHEIT! Auch in der Wahrheit um Stalin und die Bürokratie!!

Mit sozialistischen Grüßen Pucki Wolf, Juso aus Lübeck

Liebe Genossen!

(...) Ausgerastet mit Privilegien (bis heute) hatte die sowjetische Bürokratie mit Stalin an der Spitze kein Interesse, sich Wahlen zu stellen oder sich gar mit durchschnittlichen Facharbeitern treffen zu lassen, wie es Lenin von gewählten Funktionären forderte. Wer Kritik übte, bekam die „stahlharten“ Kugeln der Gewehre zu spüren (...).

Stalin war nicht derjenige, der die junge Sowjetmacht gegen die faschistische Bestie stiegen ließ. Das waren die Millionen Sowjetbürger, die trotz allem, was sie erlitten hatten, nicht der Barbarei eines Hitlers ausgeliefert werden wollten. Stalin trägt im Gegenteil eine Mitverantwortung, daß der 2. Weltkrieg nicht verhindert wurde: Die „Sozialfaschismustheorie“ ausgebreitet in Moskau, blockierte u.a. den Widerstand der deutschen Arbeiterklasse gegen die Nazis. Die Volksfrontpolitik in Spanien förderte den Sieg Francos. Der Hitler-Stalin-Pakt war für Hitler der „Freitrief“ für den Einmarsch in Polen und damit für den Beginn des 2. Weltkrieges. (...) Hans Blunck, Juso, Stuttgart

ihr da oben...

Original und Fälschung

Der neugewählte Präsident der Arbeitgeberverbände, Mutzmann, sagte zu den Aktionen der Stahlarbeiter in Rheinhessen: „Auf die Dauer kann und darf kein Betrieb weitergeführt werden, bei dem laufend unbezahlbare Verluste an Arbeitsplätzen eingefahren werden. Wir erwarten, daß hierfür Unternehmer und Regierung grundsätzlich kein Verständnis aufbringen. Daher: Stahlbetriebe in Arbeitshand!“

Chefs von Schrotffirmen dürfen „ihre“ Arbeiter ungestraft als „Idioten“ und „Hornochsen“ beschimpfen. Geklagt hatte ein Arbeiter der Schrotffirma Wondra in Ammersbek (bei Hamburg), der es satt hatte, Sprüche von seinem Chef zu hören wie: „Was für Arschlöcher habe ich mir eigentlich vom Arbeitsamt eingefangen.“

U.a. steht in der Urteilsbegründung des Direktors des Lübecker Arbeitsgerichts, von Bockelmann: „Herabsetzende Bezeichnungen wie „Hornochsen“ und „Idioten“ o.ä. sind die Folge davon, daß wegen mangelnden Wortreichtums die Möglichkeit zu differenzierter Bezeichnung fehlt.“

Das gleiche Gericht hätte im umgekehrten Fall die Entlassung des Arbeiters gebilligt, die mit Sicherheit die Folge gewesen wäre.



Schwere Zeiten

Versicherungsgesellschaften für japanische

Anders als in anderen Ländern gibt es in japanischen Lebensversicherungsverträgen keine Klausel, die im Falle eines Selbstmordes keine Zahlung der Versicherungssumme vorsieht. Allerdings gibt es eine Einschränkung: Der Selbstmord darf erst ein Jahr nach Vertragsabschluss stattfinden.

Steigende Arbeitslosigkeit und zunehmende finanzielle Probleme haben im letzten Jahr allerdings dazu geführt, daß eine wachsende Zahl von Menschen im Selbstmord nach der festgelegten Frist die einzige Chance sehen, die Schuldenprobleme ihrer Familien zu lösen. Die Gesellschaften erwägen jetzt, die Sperrfrist auf zwei Jahre zu verlängern.

Nachruf
Im Alter von 66 Jahren verstarb im Dezember in Hamburg unser Freund und Genosse

Hans Bötel

Hans war langjähriges Mitglied von SPD und HBV sowie aktiver VORAN-Unterstützer. Als Jugendlicher erlebte er mit der Machtergreifung des Faschismus und dem Ausbruch des Weltkrieges tiefe Rückschläge für die Arbeiterbewegung mit. Er wurde als Soldat eingezogen und erlitt schwere Verletzungen, die seine Gesundheit bis ins Alter nachhaltig beeinträchtigten. Nach dem Krieg schloß er sich der SPD an und vertrat marxistische Ideen, obwohl diese unter dem Eindruck des Nachkriegsaufschwungs zunehmend zurückgedrängt wurden und sozialpartnerschaftliche Ideen die Oberhand gewannen.

Trotz zeitweiliger Rückschläge und Isolation ist er als Marxist seinen revolutionären Ideen stets treu geblieben. Er hat nie sein Vertrauen in die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse verloren und war bis zuletzt selbst aktiver Kämpfer. Wir werden in seinem Sinne den Kampf um eine sozialistische, um eine menschenwürdige Zukunft fortführen. Wir trauern um Hans Bötel.

Susan Powell
Im Namen Hamburger VORAN-Unterstützer
Redaktion VORAN, Köln

Kampffonds

1987 - Jahr der Anschaffungen Endspur für die Druckmaschine

Viele SPD-Mitglieder werden das Interview mit SPD-Schatzmeister Klose im Sozialdemokrat-Magazin (1/88) zum Thema „Anzeigen in SM“ mit Befremden gelesen haben. Er argumentiert, daß „Anzeigen helfen ... die Herstellungs- und Vertriebskosten von SM zu decken“. Auch wenn der politische Inhalt der Anzeigen (z.B. von AKW-Betreibern oder sogar der Bundesregierung) der Beschuldigung der Partei direkt widerspricht, hielt er es für eine „Zensur“, würden Anzeigen aus diesem Grund abgelehnt.

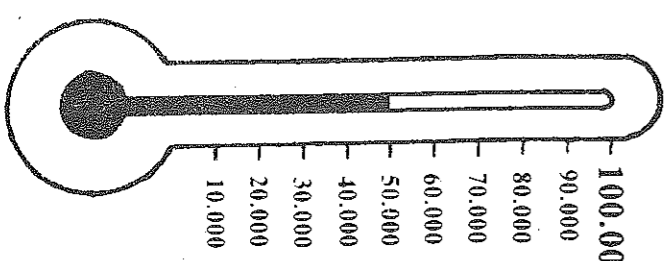
Wie kann man damit erwarten, daß Parteibeschlüsse ernstgenommen werden? Wer A sagt, muß auch B sagen; und das heißt AKW-Betreibern, Bundeswehr oder Daimler-Benz keine einzige Zeile in der sozialdemokratischen Presse einzuräumen.

Die SPD-Presse muß vielmehr aus der Arbeiterbewegung heraus finanziert werden, so wie sie es früher tat und wie es VORAN, die Zeitung der Marxisten in der SPD, heute praktiziert. Seit der ersten Ausgabe im Dezember 1973 haben wir kontinuierlich den Nachweis geführt, daß es möglich ist, durch die Spenden und Opfer unserer Leser die Zeitung zu finanzieren und auszubauen. Allein im vergangenen Halbjahr haben wir den Schritt zur regelmäßigen Monatszeitung vollzogen und außerdem einen neuen Personal Computer, einen Gebrauchswagen, einen nagelneuen elektronischen Fotokopierer und eine Reprokamera bekommen.

Ergebnis Mai-Dezember 87: Fast 50.000 DM

Diese Anschaffungen sind „Bausteine“ für unsere eigene Druckerei, für die wir ein Ziel von 100.000 DM von Mai-Dezember 1987 gesetzt hatten. Jetzt können wir das Ergebnis bekanntmachen: 47.061,57 DM! Auch wenn das nur knapp 50% ist, sollten wir stolz darauf sein. Denn das haben unsere Leser aus eigener Kraft geleistet und wir wollen uns hier bei allen für ihre Spenden herzlich bedanken. Wir erwähnen noch einmal die „Spende des Jahres“, das Auto von Renate Kaviare aus Aachen im Wert von 3500 DM, weil wir meinen, daß es ein ganz besonderes Opfer darstellt.

In den letzten 2 Monaten sind fast 10.000 DM eingegangen. Unsere Leser haben die Möglichkeiten zum Spendensammeln ganz gut genutzt, wie das Beispiel eines Lesertreffens zum Thema Rheinhausen zeigt. Der Erlös der Sammlung wurde zur Hälfte zugunsten der Rheinhauser Stahlarbeiter gespendet und zur Hälfte zugunsten des Kampffonds, d.h. je 9240 DM! Außerdem konnte die Weihnachtszeit „gewinnbringend“ ausgenutzt werden:



Spendenkonto:

VORAN Postgironoamt Essense
BIZ 360 100 43

wir hier unten

Entlassungen in Köln

Der nächste Schritt sollte Streik sein

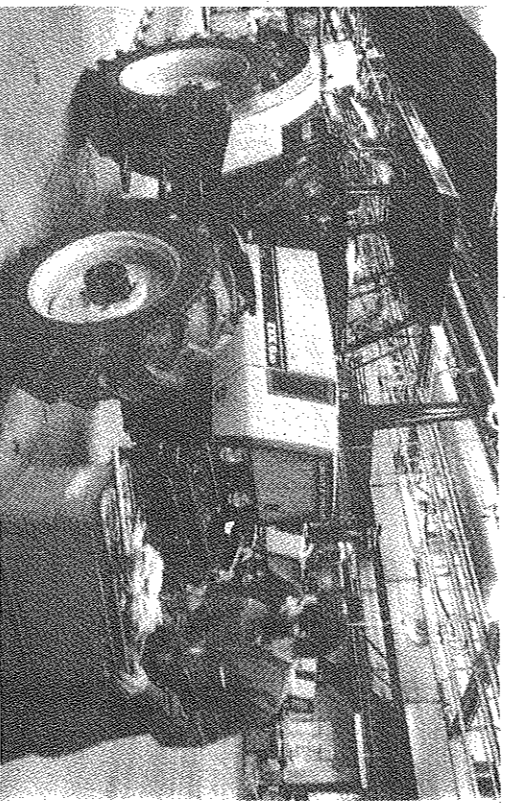
Die Kölner Industrie- und Handelskammer sprach in ihrem Herbstgutachten letztes Jahr von einer „außerordentlich positiven Konjunktur“, etwa 30% der befragten Unternehmen wollten in den nächsten Monaten ihre Investitionen erhöhen.

Gleichzeitig liegt die Arbeitslosenquote in der Stadt bei 15,9%, für 1988 wird ein Anstieg auf 17% erwartet. Fast jeder fünfte Kölner wird ohne Arbeit sein.

70% aller Industriebeschäftigten der Stadt arbeiten im Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau und in der Chemie. Besonders der erstere Bereich ist stark exportabhängig - zwischen 55 und 60% der Produktion gehen ins Ausland. Der Fall des US-Dollar hat mittelständische Unternehmen in diesem Bereich, die vorher schon Probleme hatten, endgültig in den Ruin getrieben. Die Hauptverantwortung für die hohe Zahl der Arbeitslosen liegt allerdings bei den großen Konzernen. So vernichteten die Ford und Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) in den letzten 15 Jahren durch Rationalisierungsmaßnahmen 11.500 Arbeitsplätze.

Gemeinsam kämpfen

Im Jahr 1988 wird sich die Situation noch einmal drastisch verschlechtern. Schon jetzt liegen aus den Chef-Etats Pläne für 4500 Entlassungen vor.



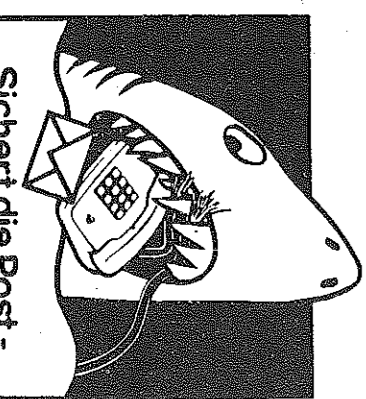
Bestimmt besteht noch genug Bedarf für die Traktoren der Firma KHD, die dieses Werk schließen will.

Rettet die Post Gemeinsam gegen Privatisierung

Die Kohl-Regierung plant, in verschiedenen Bereichen staatsseigene Betriebe auf dem Altar des gefälligen freien Unternehmertums zu opfern. Ein ganz besonders fleißiger Abnehmer dieser Politik ist Postminister Schwarz-Schilling.

Damit das Ganze noch einen wissenschaftlichen Anstrich bekommt, hat die Bundesregierung eine zwölköpfige Kommission eingesetzt, die die „Umstrukturierung“ des Post- und Fernmeldewesens planen soll. Die demokratische Zusammensetzung sah so aus, daß 90% der Teilnehmer der Kommission dem Unternehmerlager zuzurechnen sind.

Die Kommission kam dann zu dem Ergebnis, daß das Post- und Fernmeldewesen zerschlagen werden soll. Den Unternehmen sollen Tür und Tor geöffnet werden, damit sie sich die profitabelsten Bereiche der Post unter den Nagel reißen können. Welche Folgen eine Privatisierung der Post für die Lohnabhängigen hat, kann man in England und der USA sehen, wo die Post schon vor Jahren privatisiert wurde. In Amerika mußten 20% aller



Sichert die Post - Rettet

auch andere DGB-Gewerkschaften beteiligen. Somit ist ein wichtiger Schritt für einen erfolgreichen Kampf getan: die Zusammenfassung aller Betroffenen.

Geschäftsbücher öffnen

Ein Problem für die Belegschaften ist, daß die Betriebsleitungen ihre Geschäftsbücher nicht öffnen und so konkretes Zahlenmaterial für die Entwicklung von Alternativen fehlt. Für

Ladenschluß-Experimente in Hamburg

Geschäfts- und Arbeitsschluß ade?

Wäre das nicht toll? So lange einkaufen wie wir wollen. Eine Begründung lautet, daß hierdurch mehr ausgegeben werden könne. Hier waren offensichtlich „Mathematik-Professoren“ besonderer Art am Werk. Denn wer z.B. 1800 DM verdient, kann auch bei längeren Öffnungszeiten nicht mehr ausgeben. Es tritt allenfalls eine Umverteilung zugunsten der Großkonzerne ein.

In Hamburg war es nun soweit. Die SPD/FDP-Koalition ermöglichte per Gesetz, daß an vier Abenden im Jahr die Läden bis 21.00 Uhr geöffnet haben dürfen, für 1987 war dies am 12. und 19. November. Gebrauch machten nur die Betriebe, die keine (gute) Interessensvertretung hatten. Die großen Kaufhäuser hatten an diesen Tagen geschlossen. Die Betriebsräte hatten ihre Zustimmung zu den Überstunden verweigert.

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) startete mit den teilweise betroffenen Kolleginnen und Kollegen Aktionen dagegen. So gingen die Verkäuferinnen eines großen Kaufhauses (400) in ein kleineres Geschäft und spielten kauflustige „Kunden“. Da aber der Laden viel zu klein war und in dem Geschäft Chaos ausbrach bzw. der Inhaber von Panik befallen wurde, rief er die Polizei und ließ alle, auch die richtigen Kunden, rausgehen. Der Laden wurde für diesen Tag geschlossen. In der darauf folgenden Woche wurden „schwarze Sheriffs“ eingesetzt. Diesmal kam aber kein „Kunde“. Auch anscheinend hat sich dieser Tag für die Geschäftslaute kaum gelohnt. Dieser bestimmte Laden dürfte mit dickem

Dauerskandal Arbeitslosigkeit Arbeit für alle erkämpfen

Als die CDU-Regierung im Herbst 1987 ihr Amt antrat, hatte die Arbeitslosen Zahl einen fast dreijährigen steilen Anstieg bis auf die Zwei-Millionen-Marke hinter sich - „eine unerträgliche Situation“, sprach Bundeskanzler Kohl damals.

Doch die Arbeitslosigkeit hat seitdem nicht abgenommen. Im Gegenteil: Sie erreichte Höchstmarken von 2,5 Mio., hinzu kommt nach Schätzungen der Gewerkschaften noch eine nicht von der Statistik erfaßte stille Reserve von 1,2 Mio.

Im letzten Jahr pendelte sich die Zahl bei 2,23 Mio. offiziell gemeldeten Arbeitslosen ein, stieg aber im Dezember auf 2.308.200 (9,2%) an. Die unerträgliche Situation für Kanzler Kohl scheint somit kein Ende zu nehmen. Auch die Prognosen für das Jahr 1988 weisen in die gleiche Richtung: Nach Meinung des Sachverständigenrates wird die Anzahl der Arbeitslosen um mindestens 70.000 über dem Durchschnitt des Vorjahres liegen.

Langzeit-Arbeitslose

Doch schon jetzt ist abzusehen, daß es dabei nicht bleiben wird. Selbst die Automobilindustrie, die einen acht Jahre langen Boom hinter sich hat, zeigt Anzeichen der kommenden Krise.

KHD, 2300 Entlassungen drohen, wurden u.a. folgende Forderungen aufgestellt: - Qualifizierungs- und Bildungsmaßnahmen, gefördert von Land und Bund; - Abbau aller Überstunden, Rücknahme von ausgelagerten Produktionslinien

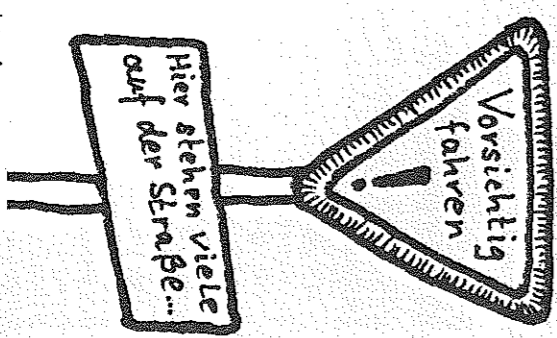
Bilanz als Rücklage ausgewiesen, ein anderer Teil liegt steuerfrei auf Konten in Holland. Die Demonstration am 28.1. war ein erster, wichtiger Schritt im Kampf. Die Erfahrungen aus Rheinhansen, von denen auf einer kölnweiten Kundgebung ein betrübter Kollege berichtete, machen aber eines sehr deutlich: Man muß die Unternehmer da packen, wo es ihnen weh tut: bei ihren Profiten. Ein einträglicher Streik aller Kölner Metallbetriebe wäre ein nächster Schritt, der unseren Forderungen Nachdruck verleihen könnte. Barbara Kirschaum, Köln Jungsozialistin



Müße doch aufzukriegen sein

Minus abgeschlossen haben, da die „Sheriffs“ einiges gekostet haben. Am 12. November war, wenn überhaupt von Erfolg oder Ansturm auf die Geschäfte die Rede sein kann, ein allgemeines Interesse vorhanden. Es stellte sich sehr schnell heraus, daß es bloße Neugier war. Es war halt mal was Neues. Am 19. sah alles schon anders aus. In manchen Einkaufszentren wurde in der Zeit von 18.00-21.00 Uhr lediglich 1000 DM als höchster Umsatz gemessen. Bereits beim ersten Mal gaben einige Geschäftsinhaber zu erkennen, daß sie an den Dienstleistungsabenden nicht mehr öffnen werden. Andere Geschäftseleute werden aber aufgrund der Mietverträge dazu

Ein großer Teil der Arbeiter, die heute vor die Tür gesetzt werden, hat auch auf lange Sicht keine Chance, einen neuen Job zu kriegen. Für jeden dritten Arbeitslosen ist das Warten auf eine Anstellung zum Dauerzustand geworden: Sie zählen zu den Langzeitarbeitslosen. Welche enorme psychische und soziale Belastung daraus entstehen kann, ist sicher jedem Arbeitnehmer klar. Und auch was die finanziell Lage betrifft, stehen Arbeitslose schlecht da. 1986 wurden im Durchschnitt 957 DM Arbeitslosengeld bezahlt, die anschließende Arbeitslosenhilfe lag im Schnitt bei 815 DM. Und wer gar auf die Sozialhilfe angewiesen war, der mußte zusehen, daß er mit durchschnittlich 400 DM über die Runden kam (zuzüglich Mietzuschuß). Schon 36,7% der Arbeitslosen sind ausschließlich auf die Unterstützung ihrer Angehörigen und auf die Sozialhilfe angewiesen.



Aber wer nur Drückeberger und Arbeitslose vermutet, wer davon spricht, daß „die These von einer neuen Armut der großen aufgelegte sozialdemokratische Schwindler der Nachkriegszeit“ ist (Zitat Heiner Geißler, CDU), bei dem beschränkt sich auch

Fromme Wünsche

Im Kapitalismus ist das Recht auf Arbeit für alle nur eine leere Phrase. Wenn das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr weiter abnimmt, werden noch zehntausend Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. SPD und Gewerkschaften müssen jetzt mit voller Kraft ihre Mitgliedschaft mobilisieren: für den Erhalt der gefährdeten Arbeitsplätze und für den Abbau der Arbeitslosigkeit!

Die Aktionen der Krupp-Arbeiter in Rheinhansen und die Solidarität der Bevölkerung sind ein Signal dafür, daß die Arbeiterklasse bereit ist zu leisten!

gezwungen. In manchen Einkaufszentren werden nur Räume vermietet mit der Auflage: Wenn die Mehrheit der Mieter länger öffnen will, müssen sich alle daran halten. Bei Nichterhaltung werden Konventionstraten fällig. Die HBV erwartet durch die längere Öffnungszeiten eine weitergehende Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Arbeit auf Abruf (KAPOVAZ). Vollzeit Arbeitsplätze werden in Teilzeitsjobs umgewandelt. Eine Verkäuferin wird dann noch schlechter verdienen. Hierdurch können wiederum Gehälter eingespart werden. Was würde hierzu unser Professor sagen wollen?! Jörg Dankowski, Hamburg HBV-Mitglied

VORAN

Landtagswahl in Baden-Württemberg

Der Süden muß rot werden!

Am 20. März ist Landtagswahl in Baden-Württemberg. Dieser Tag muß ein schwarzer Tag werden für die CDU. Geben wir CDU, Kapital und Rechtspresse eine Quittung für ihre Schweinereien in Schleswig-Holstein!

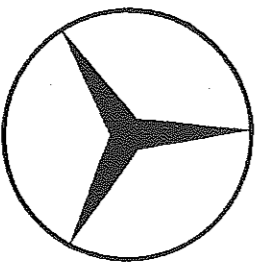
In Baden-Württemberg wird auf unserem Rücken Politik gemacht. Lange Zeit konnte das durch die relative wirtschaftliche Stabilität verschleiert werden. Diese Zeiten sind vorbei.

Noch stärker als die gesamte BRD ist Baden-Württemberg vom Export abhängig. Das war bisher ein Vorteil. Der verschärfte internationale Konkurrenzkampf, steigender Protektionismus, Handelskriege und tiefere Weltwirtschaftskrisen in den nächsten Jahren werden zu scharfen Einbrüchen führen.

Der Börsenkrach im Oktober 1987 führte z.B. bei Porsche sofort zu einem Absatzrückgang von 30% gegenüber dem Vorjahresmonat. Der Absatz wird im Geschäftsjahr 1987/88 von 50.000 auf 40.000 Autos zurückgehen. Und, das Unternehmenrisiko tragen wir immer nicht die Unternehmer, sondern die Arbeiter - bei Porsche zuletzt einmal in Form von Kurzarbeit.

Für die Autoindustrie wird ein mördischer Konkurrenzkampf vorausgesagt. Weltweit gibt es 20% Überkapazitäten. Und von den 800.000 Arbeitsplätzen in der westdeutschen Automobilindustrie sind 1/4 in Baden-Württemberg. Bosch ist Europas größter Autozulieferer.

Was heute im Ruhrgebiet in der Stahl- und Kohleindustrie passiert, droht morgen in der Autoindustrie. Massenentlassungen, Betriebschließungen. Es ist zu befürchten, daß wegen der Landtagswahl Ankündigung von Massenentlassungen zurückgehalten werden. Nach dem 20. März wird es dann rund gehen in den Betrieben. Die Krise in der Automobilindustrie wird Auswirkungen haben auf den Maschinenbau und alle anderen Industrien, den Einzelhandel und die öffentlichen Haushalte. Sozialleistungen...



Daimler - die heimliche Regierung

Mit über 60 Milliarden Umsatz ist Daimler-Benz nicht nur der größte Konzern in Baden-Württemberg, sondern der ganzen BRD. Mit dem Aufkauf von MTU und Dornier wurde Daimler auch noch zum größten Rüstungskonzern. Der Umsatz von Daimler ist höher als der gesamte Landeshaushalt der baden-württembergischen Landesregierung. Und mit über 300.000 Arbeitern und Angestellten bestimmt der Konzern über genau so viele Beschäftigte wie das Land und die Kommunen in Baden-Württemberg. Eine Entscheidung in der Konzernzentrale hat mehr Auswirkungen auf das Land als ein Gesetz der Landesregierung. Und die Konzernherren entscheiden ohne Rücksicht auf Beschäftigte, Bevölkerung und Umwelt. Hauptsache, der Profit stimmt.

15 Milliarden flüssige Mittel hat der Konzern auf der hohen Kante. Vorstandschef Edzard Reuter (SPD-Mitglied) spricht von der „Gottsel-Dank gut gefüllten Kriegskasse“. In allen Daimler-Werken wird...

...gingen, vor allem Jugendliche, gingen nicht zur Wahl. Bei der Bundestagswahl 1987 stimmten von 45 Mio. Wahlberechtigten 20,2 Mio., d.h. eine Minderheit, für die bürgerlichen Parteien CDU/CSU und FDP. 15,6% der Wahlberechtigten gingen überhaupt nicht zur Wahl. Ihre Stimme fiel unter den Tisch.

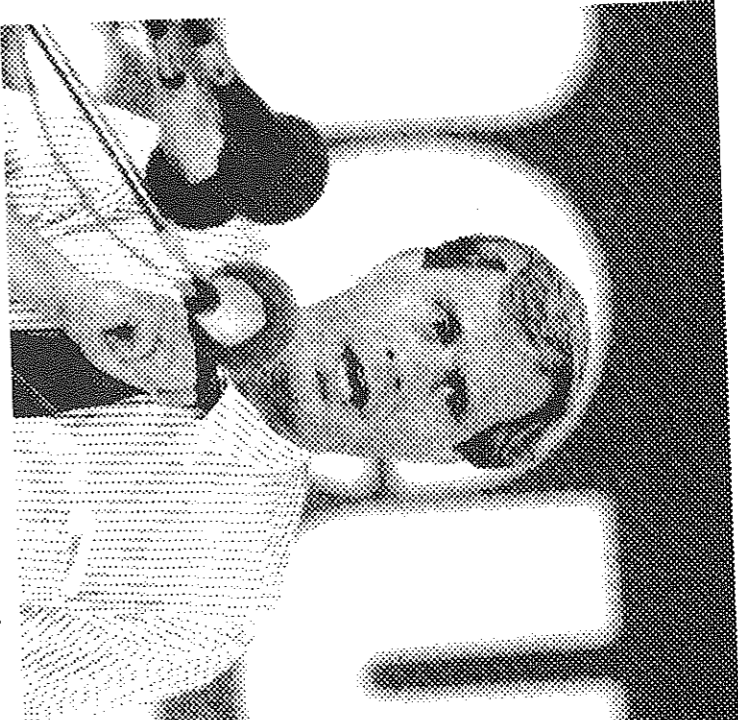
Späth-Kapitalismus

Auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft gibt es keine Möglichkeit, dieser Katastrophe zu entgehen. Späth und die baden-württembergische CDU und FDP sind die besten Garanten dafür, daß die Krise auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung und lernenden Jugend ausgetragen wird.

„Ohne Wachstum läuft die soziale Sicherung nicht mehr“, verkündete Späth bereits. Nach seinem Vorstellungsgespräch soll das staatliche Gesundheitsystem auf eine „Grundversicherung“ beschränkt werden. Alles, was darüber hinausgeht, soll dann jeder selber bezahlen. Späth machte sich auch stark für die Aufhebung der Lohnfortzahlung in den ersten Krankheitsstagen (Karenztage). Und es besteht kein Zweifel, daß Späth und Konsorten versuchen werden, ihre Sozialabbaupläne mit allen Mitteln durchzusetzen. Das muß verhindert werden. Die CDU muß diese Wahl verlieren.

Wahlenthaltung hilft der CDU

Wer nicht zur Wahl geht, unterstützt die CDU. Der Grund, warum die Rechtsparteien bei den letzten Wahlen - trotz hoher Verluste - gewinnen konnten: Viele Wahlberech-



SPD-Kandidat Dieter Spät: Mit einem sozialistischen Programm kann er es schaffen, die SPD heute ist: Wir können unter wirtschaftlich ungünstigen Bedingungen überhaupt noch Reformen durchsetzen werden?

Sozialistische Veränderung

In den letzten Jahren sind bereits viele im Nachkriegsaufschwung erkrankten Reformen und Errungenschaften abgeschafft, ausgeweidet oder zusammengeknipst worden. Jede weitere neue Reform im Interesse der Masse der Bevölkerung wird auf den entschiedenen Widerstand der großen Konzerne und ihrer Vertreter in CDU und FDP stoßen. Erst wenn die...

Politik im Späth-Kapitalismus

Die CDU-Regierung in Baden-Württemberg und Späth als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU haben maßgeblichen Anteil an der arbeitnehmerfeindlichen Politik der Bundesregierung. Dem entspricht auch die Bilanz ihrer Politik im „Ländle“:

Arbeitslosigkeit

Trotz Aufschwung ist die Arbeitslosigkeit nicht zurückgegangen. Im Dezember 1987 waren in Baden-Württemberg 206.000 Menschen arbeitslos und 29.000 von Kurzarbeit betroffen. Diese Zahlen stehen in der offiziellen Arbeitslosenstatistik. Inoffiziell dürfte die Arbeitslosigkeit weit höher liegen; in manchen Regionen und Städten liegt sie weit über dem Landesdurchschnitt von 5,3% im November 1987. Die Zahl der Sozialhilfempfänger stieg von 1985 bis 86 in Baden-Württemberg um 10,3% auf 307.900.

Wohnungsnot

Um die teilweise katastrophale Wohnungsnot zu beseitigen, mußte ein staatliches Wohnungsbauprogramm durchgeführt werden. Aber die Landesregierung macht das Gegenteil. Wie die Bundesregierung zieht sie sich aus dem Mietwohnungsbau zurück. Gleichzeitig werden an den reichsten Konzernen der BRD, Daimler-Benz, 100 Mio. DM für eine Werksansiedlung in Rastatt gezahlt.

Umweltzerstörung

Im Schwarzwald und überall sterben die Wälder. Es gibt kein Geld für die notwendige Wald- und Umweltsanierung. Stattdessen wird es...



Lothar Späth: Geld gibt es nur für die Kapitalisten.

für den Straßenbau ausgegeben. So wird noch mehr Auto- und LKW-Verkehr ermöglicht und noch mehr Umwelt zerstört. Das gilt auch für den Ausbau des Echterdinger Flughafens und die damit verbundenen Straßenum- und -ausbauten.

Fünf Atomreaktoren strahlen in Baden-Württemberg vor sich hin. In jedem kann sich das wiederholen, was in Tschernobyl passierte. Das AKW in Obrigheim entspricht nicht einmal den Sicherheitskriterien der Atomindustrie. Alle Atomkraftwerke könnten angesichts der enormen Überkapazitäten sofort abgeschaltet werden. Die Arbeitsplätze im Kohlebergbau könnten dadurch gesichert werden. Trotzdem wird auch in Baden-Württemberg im Interesse der Atommafia am Atomkurs festgehalten. Baden-Württemberg hat den höchsten Atomstromanteil aller Bundesländer.

Ich möchte

VORAN
untersützen und bitte
um weitere Informationen

Ich möchte

VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen
und bestelleExemplare
(Bezahlung erfolgt nach
ein VORAN-Förderabo
zu DM bezahle (ab
(Bitte nebenstehendes
ausfüllen und einschicken
Pechel, Essen, BLZ 360 1000
Konto Nr. 2500 59-430
Einsenden an: VORAN, H...



Anschrift

Einsenden an: VORAN, Hansring 4, 5000 Köln 1